Merseburger Korrespondent

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem **Amtsblatt der Stadt Merseburg**

der wöchentl. Unterhaltungsbeilage **Am häuslichen Herd** und den monatl. erscheinenden **Chronist von Merseburg**

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für die 3. September-Woche, fällig bei Abholung, 3,750 Millionen Mark frei Haus. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 600 000 M., bei 6 Seiten 700 000 M., bei 8 Seiten 800 000 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Anzeigengrundpreis × Schlüsselzahl = Tagespreis. Für den achtgespalt. Millimeterraum 20 M. bei Vorzahlung — sonst Tagesschlüsselzahl am Zahltage — im Reklameteil 80 M., für Stellenanzeigen und Nachweisungen 60 M. Aufschlag. — Vorstehende Grundpreise werden multipliziert mit der Schlüsselzahl des V.D.Z.B. (z. Z. 12 000). Nichtvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Belegnummer wird berechnet.

Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 29 070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Nr. 220 — Mittwoch den 19. September 1923. — 50. Jahrg.

Die Währungsreform beginnt!

Der Währungsübergang.

Das Reichsfinanzministerium hat am Dienstag eine Mitteilung herausgegeben, die den widerspruchsvollen bisherigen Meldungen, die in der Frage der Währungsreform herausgekommen waren, ein Ende macht. Nicht nur die Meldungen übrigens, sondern auch die Haltung der Regierung selbst hat sich im Verlauf der letzten Wochen mehrfach geändert, und man wird in einer so komplizierten und schweren Frage der Regierung keinen Vorwurf daraus machen können, daß sie gründlichst und nach allen Seiten hin das Problem erwogen hat und keinen Anstand nahm, auch sich selbst gelegentlich zu korrigieren.

Das Ergebnis der Beratungen ist nun, daß

die Ausgabe von Goldnoten,

also der Beginn einer gesunden, von Gold gedeckten und vor jedem inflatorischen Zugriff des Reiches behüteten Währung nicht, wie man bisher vermutete, einer neuen und zu diesem Zweck eigens zu schaffenden Emissionsbank, sondern **der Reichsbank selbst anvertraut wird.** Damit die Reichsbank diese Rolle durchführen kann, wird sie völlig von den Staatsfinanzen losgelöst und wird in Zukunft keine Reichsschatzscheine mehr zu diskontieren haben, also auch keine ungedeckten Noten mehr auszugeben haben.

Wird so die Reichsbank wieder das, was sie vor dem Beginn der Inflation, also vor der Helfferich'schen Kriegsanleihepolitik war, so wird die Schaffung einer

Übergangswährung

einer neuen Bank anvertraut. In den bisherigen Entwürfen hatte man gerade die Übergangswährung der Reichsbank und die neue Goldwährung einer neuen Emissionsbank vorbehalten wollen. Es ist im Sinne der aufrecht zu erhaltenden Tradition zu begrüßen, daß man die alte Reichsbank wieder zu dem macht, was sie sein soll, und die Neuschöpfung nur für die Übergangswährung heranzieht. **Diese neu zu schaffende Bank wird nun Noten ausgeben, die das einzige gesetzliche Zahlungsmittel im strengen Sinne bilden sollen, solange die Übergangszeit dauert;** sichergestellt und zum Teil gedeckt werden diese Übergangsnoten durch eine Goldverpflichtung der Privatwirtschaft (Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken) auf Grund des **Werkheitrages**, der als Maßstab für die anteilige Verpflichtung verwendet wird, mit der die Privatwirtschaft die Übergangsnoten zu decken hat.

Die heutige Papiermark wird zu diesen Übergangsnoten in ein bestimmtes Kursverhältnis gesetzt; sie bildet gewissermaßen in Zukunft die Scheidemünzen der Übergangsnoten, ist also nicht im strengen Sinne gesetzliches Zahlungsmittel; bis zu einer bestimmten Höchstgrenze wird aber auch die heutige Papiermark einer Annahmeverpflichtung im täglichen Verkehr unterstellt, die eine Zurückweisung von Papiermark nur von einem bestimmten Betrag aufwärts zulassen würde. Da aber die Papiermark in ein festes Kursverhältnis zu dem Übergangsgeld der neuen Emissionsbank tritt, so wird praktisch eine Zurückweisung von Papiermark nicht so leicht vorkommen, da der Empfänger der Papiermark kein anderes Entwertungsrisiko trägt als der Empfänger des neuen Übergangsgeldes.

In Zukunft, d. h. also während der sehr wesentlich von der außenpolitischen Entwicklung in ihrer Dauer abhängigen Übergangszeit, wird es also

dreierlei Geld

geben:

1. **das neue vollwertige Goldgeld der reformierten Reichsbank;**
2. **die Übergangswährung** der neu zu schaffenden Bank, die wir ihrer Fundierung nach Wirtschaftsbank nennen wollen, und
3. **das alte Papiergeld,** das zu den Noten der Wirtschaftsbank in demselben festen Verhältnis steht, wie etwa die Nickel- und Kupfermünzen der Vorkriegszeit zu den Goldstücken.

Im täglichen Geldverkehr wird es zunächst zwei Währungen geben, die im Grunde nur eine sind: das Übergangs-Wirtschaftsgeld mit seiner Scheidemünze, dem alten Papiergeld. Die neuen Goldnoten der selbständig gemachten Reichsbank werden im Kleinverkehr, bei Lohnauszahlungen, im Zahlungsverkehr zwischen dem unmittelbaren Verbraucher und dem letzten Glied des Handels nicht auftreten; sie dienen vorläufig zum Ersatz der Devisen und anderen Großüberweisungen, die im großen Wirtschaftsverkehr zwischen Produktion und Großhandel, besonders auch zwischen Ausland und den Importeuren nötig sind.

*

Warum hat man nun diesen Weg gewählt? Wir haben schon mehrmals ausgeführt, daß der sofortige Übergang zu einer absoluten Goldwährung, die dem Reich keine ungedeckten Noten als Einnahmequelle bezw. für die nötigen staatlichen Ausgaben zur Verfügung stellt, heute schon aus Rücksicht auf den Ruhrkampf und wegen des riesigen Reichsdefizits nicht zu machen wäre. Für eine Übergangszeit muß deshalb dafür gesorgt werden, daß das Reich eine, wenn auch beschränkte inflatorische Geldquelle **noch** behalte. Da aber das jetzige Papiergeld bank der grauenhaften Finanzwirtschaft der Regierung Cuno bis an die Grenzen der inflatorischen Möglichkeiten gelangt ist, und da man heute nicht mehr das machen kann, was man im Februar oder März hätte machen können und müssen: nämlich eine steuerliche Reform, die rechtzeitig die Finanzierung des Ruhrkampfes der Notenpresse entrissen hätte — deshalb muß heute dafür gesorgt werden, daß bis zu dem Augenblick, wo eine Balancierung des Staatshaushalts durchgeführt ist, das Reich noch leben kann, ohne daß die Geldbedürfnisse des Reiches, wie das jetzt der Fall ist, die Inflation zum Heißlaufen bringen.

Es ist Tatsache, daß valutarisch ungerechnet

die vorhandene Notenmenge

trotz ihrer unaufhörlichen Steigerung dank den gleichzeitigen Marktstürzen **in der letzten Zeit ziemlich konstant den Goldwert von 100 bis 150 Goldmarkmillionen behalten hat.** Daß wir mit einer im Grunde so lächerlichen Geldwertmenge im Verkehr auskommen, beruht auf der zunehmenden Umlaufsgeschwindigkeit der vorhandenen Noten, die sich so gesteigert hat, daß schon aus diesem Grunde mit der jetzigen Papiermark nicht mehr lange gewirtschaftet werden kann. Gibt man also eine Übergangswährung heraus, die zunächst einigermaßen fundiert ist durch eine Goldverpflichtung der Berufsstände, und hängt man an diese neue Währung die alte Papiermark an, so ist damit natürlich noch nicht ein absolut wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen; für den kurzfristigen Zahlungsverkehr aber, der die Lebensbedürfnisse der breiten Massen vermittelt, ist für eine Übergangszeit diese Währung durchaus möglich, und sie wird bei ihrer Entwertung weit geringere Sprünge machen als die bisherige Papiermark. Dabei bleibt dem Reich die beschränkte Möglichkeit, in dieser Übergangswährung noch eine Geldquelle zu haben so lange, bis durch eine Finanzreform die nötigen Steuern flüssig werden, die den Reichshaushalt ebenso in Ordnung bringen müssen wie eine außenpolitische Lösung, die gleichzeitig in dieser Übergangszeit gefunden werden muß.

Die Heranziehung der Privatwirtschaft

zur Deckung des Übergangsgeldes ist ein Notbehelf; sie ist schon deshalb nur als Übergangsmaßnahme denkbar, weil für die Reform der Reichsfinanzen und später für die Reparation die Haftung der Privatwirtschaft gleichfalls nötig sein wird. Da auch Frankreich für den Fall einer Reparationslösung die Notwendigkeit eines Moratoriums zugegeben hat, so wird die Übergangszeit mitsamt der Übergangswährung und deren Deckung durch eine Goldverpflichtung der Privatwirtschaft zeitlich gleichzusetzen sein dem Abschnitt, der bis zur Reparationslösung verstreicht, plus dem dann zugestandenen Moratorium. Innerhalb dieser Zeit muß dann die Sanierung des Reichshaushalts und die obligatorische Einführung der Reichsbankgoldwährung als das einzigen gesetzlichen Zahlungsmittels vorbereitet und am Ende dieser Periode durchgeführt sein.

Gesetzliches Zahlungsmittel ist zunächst, in der Übergangszeit, nur das Geld der neu zu schaffenden Wirtschaftsbank; bis zu einer bestimmten Höhe wird eine Annahmepflicht auch gegenüber dem bisherigen Papiergeld bestehen, das vermöge seines festen Verhältnisses zu den Noten der Wirtschaftsbank vor der Nullstijierung bewahrt bleibt. Dabei wäre außerdem noch eine **Denomination** vorzuschlagen; wir könnten, da praktisch schon Gastwirtschaften und Kaufläden ihre Preise in Millionen Mark ansetzen, die psychologisch verderblichen und überflüssige Nervosität hervorrufenden Nullen so abtreiben, wie dies zum Beispiel in Portugal geschehen ist, als man statt des entwerteten „Reis" 1000 Reis, den „Milreis", zur Verkehrseinheit machte. Ähnlich könnten wir 6 Nullen in einer Vorsilbe ausdrücken, wenn wir etwa Noten ausgeben, die auf „Millmark" lauten und die nichts anderes wären als der bisherige Einmillionenschein. Es ist möglich, daß diese für den praktischen Verkehr sehr förderliche Maßregel im Zusammenhang mit den Noten der Übergangswährung, vielleicht geradezu durch diese Noten, getroffen werden wird. Eine Währungsreform ist natürlich eine solche Denomination nicht; was im heutigen Augenblick für eine Währungsreform zu tun ist, hat der infolge unserer heutigen Lage notwendigerweise komplizierte Plan der Regulierung in sich.

Reichsregierung und innere Lage.

In weiten Kreisen nicht nur des Bürgertums herrscht angesichts der Entwicklung auf außen- wie auf innenpolitischem Gebiete eine begreifliche Besorgnis hinsichtlich dessen, was die nächste Zukunft bringen könnte. In erster Linie fürchtet man die Folgen der dauernd wachsenden Teuerung, und sodann wird durch eine zielbewußte Agitation auf der Rechten gegen das Kabinett Stresemann und seine Politik das Gefühl hervorgerufen, daß es zu inneren Auseinandersetzungen kommen werde. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Reichsminister des Innern, Sollmann, der ja auch bei „Nüchte" dazu ist, vor der Öffentlichkeit erklärt, erstens, **daß das Kabinett vollkommen einig operiere, daß die Auseinandersetzung mit Frankreich selbstverständlich in engster Verbindung mit dem Ruhrdeutschtum vor sich gehe, und daß die Regierung auch auf die anderen inneren Fragen, wie z. B. die wachsende Arbeitslosigkeit, dauernd ein wachsames Auge habe.** Von besonderer Bedeutung aber war die mit großem Nachdruck gemachte Feststellung des Ministers, daß jeder Putschversuch an der militärischen und politischen Macht der Regierung scheitern würde, und daß die Reichsregierung ihre Machtmittel im gegebenen Augenblick entschlossen und tatsächlich ohne jede Rücksicht einsetzen würde.

Baldwin und die Politik des 11. Januar.

Wie erinnerlich, hatte die französische Presse immer und immer wieder die Meldung gebracht, daß bei dem Ferienaufenthalt des englischen Ministerpräsidenten eine grundsätzliche Aussprache Mr. Baldwins mit Poincaré unmöglich sei. Dagegen hatte die englische Presse sich dauernd sehr zurückhaltend bekommen, weil sie dartun wollte, daß der französische Standpunkt zur Reparationsfrage auch eine Begegnung der beiden leitenden Männer zwecklos machen würde. Die inzwischen eingetretene weitere Entwicklung, die gekennzeichnet wird durch mehr oder weniger direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich, hat dann aber auf englischer Seite begreiflicherweise die Neigung zu einer persönlichen Rücksprache des gegenwärtigen englischen Ministerpräsidenten mit Poincaré gestärkt, und zur Stunde steht nun die ganze Welt mit erheblicher Spannung dem Ergebnis der nun noch nach so langer Zeit zustande gekommenen „Entrevue" entgegen. Dabei ist es nicht uninteressant, im einzelnen zu beobachten, wie man sich in Frankreich dieses Ergebnis vorstellt. Kurz gesagt, soll nämlich England einsach die Überzeugung akzeptieren, daß es für alle Teile das Beste ist, wenn es zwar an den Verhandlungen mit Deutschland neben Frankreich und Belgien teilnimmt, in der Sache selbst aber einfach die Beschlüsse Frankreichs akzeptiert. Solches heißt nämlich die „Politik des 11. Januar", die Frankreich unter keinen Umständen aufgeben könne. Der 11. Januar ist bekanntlich der Tag des Beginns der Ruhrbesetzung! Nimmt man nun noch hinzu, daß eine offiziös beeinflußte Havasmeldung besagt, Poincaré werde mit Baldwin nicht nur die Reparation, sondern auch die Frage der interalliierten Schulden und vor allem der Sicherung Frankreichs erörtern, so sieht man klar, daß der französische Ministerpräsident seinen nächsten intimen Schachzug darin sieht, die Engländer durch eine möglichst große Kompensationsliste zu Zugeständnissen an die auch in Zukunft auf alter Bahn zu verfolgende Deutschland-Politik Frankreichs zu bringen. Es wird sich zeigen, ob diese Vermutung sich bewahrheitet.

Der Balkan-Wetterwinkel.

Die Balkanfrage wird immer schwieriger, während der griechisch-italienische Konflikt bei Griechenlands Ohnmacht als abgetan gelten kann. Mussolinis Vorstoß in Fiume wird in Jugoslawien mit großem Mißtrauen verfolgt. Angeblich sollen bei Fiume schon 4½ italienische Divisionen stehen. Dazu kommen Jugoslaviens Reibungen mit Bulgarien. Gegen das Ultimatum aus Belgrad hat Bulgarien in Paris bereits protestiert. Weitere Grenzzwischenfälle erscheinen unvermeidlich.

Paris, 19. Sept. Aus Athen wird gemeldet: Die Zahl der auf serbischem Gebiet operierenden wahlbewaffneten Komitatschis wird auf 8000 geschätzt; sie stehen nahe der bulgarischen Grenze. Die serbischen Truppen sind in Nisch gesammelt worden und bewegen sich an der Eisenbahnlinie nach Zaribrod der bulgarischen Grenze zu. Flugzeuge überwachen die Bewegungen in Bulgarien. Eines von ihnen, das bulgarisches Gebiet überflog, ist bei Athunis abgeschossen worden.

Über die Stellung Frankreichs zu dem Konflikt ist noch keine Klarheit zu erlangen. Nach italienischen Blättermeldungen rechnet man auf jugoslawischer Seite zwar bestimmt auf eine französische Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit Italien über Fiume. Paßisch habe vor der Entscheidung nochmals in Paris angefragt, wieweit die Unterstützung Frankreichs im Falle einer Verschärfung der jugoslavisch-italienischen Beziehungen ginge. Um die Lage nicht unnötig zu verschärfen, sollen die in der Umgebung Fiumes stehenden jugoslavischen Truppen vermindert worden sein. Die Nachricht wird als eine indirekte Befriedigung der Absicht Belgrads aufgefaßt, die Entscheidung des Völkerbundes anzurufen.

Mussolini hatte gestern eine Unterhaltung mit dem serbischen Gesandten in Rom.

Baldwin und Poincare beraten heute in Paris.

Paris, 19. Sept. (WTB.) Der englische Ministerpräsident Baldwin ist gestern abend hier eingetroffen. Auf dem Bahnhof wurde er namens der französischen Regierung von dem Chef des Protokolls begrüßt. Laut „Echo de Paris" wird Poincaré am Sonntag seine Erklärungen in der Reparationsfrage vervollständigen.

London, 19. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Hier wird bestätigt, daß die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten

auf Einladung Poincarés

zurückzuführen ist, die Baldwin annahm. Die Unterhaltungen werden streng geheim sein und im Beisein nur eines Dolmetschers stattfinden. In London heißt es, daß in Paris wahrscheinlich die deutschen Vorschläge geprüft und die Wirkungen der Vorgänge in der Adria auf die englisch-französischen Beziehungen besprochen werden. Falls Poincaré unnachgiebig bleibe, werde Baldwin wahrscheinlich erklären, daß die zukünftige auswärtige Politik Großbritanniens auf der nächsten Reichskonferenz im Oktober festgelegt werden würde.

Englische Stimmen.

London, 19. Sept. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Keine englische Regierung könnte jemals unter den von Poincaré gestellten Bedingungen einem englisch-französischen Pakt zustimmen. Die militärischen Zusagen gegenüber Polen fordern die Zukunft der britischen Außenpolitik heraus. „Westminster Gazette" schreibt, Poincaré und Baldwin müßten die Gefahren erkennen, von denen Europa bedroht sei. England wünsche, daß in der Reparationsfrage eine Regelung erzielt werde, die völlig fair gegenüber Frankreich sei, und das englische Volk sei bereit, den größtmöglichen Beitrag zu diesem Zweck zu leisten. Augenblicklich habe Poincaré den Schlüssel für die Lösung des europäischen Problems in der Hand. Werde er bereit sein, ihn zu gebrauchen?

Revolution in Bulgarien.

Belgrad, 19. Sept. (Drahtmeldung des WTB.) Die Abendblätter berichten, daß in Bulgarien die Revolution die Macht in ihre Hand genommen. In der Umgebung von Sofia und Philippopel seien große Unruhen ausgebrochen. Die Kämpfe dauern an. Die Bewegung wächst.

Der Schieberkampf.

Berlin, 19. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Der Vorstoß des Devisenkommissars gegen die Brieftaschen der wilden Devisenhändler und Spekulanten hat bei der gestern stattgefundenen Groß-Razzia ein sehr günstiges finanzielles Ergebnis gehabt, das erst im Laufe des heutigen Tages nach Abschluß der im Gange befindlichen Teilzahlungen genau festgestellt werden kann. Sowiel ist aber schon sicher, daß vom Dollar über den japanischen Yen bis zur polnischen Mark und österreichischen Krone so ziemlich alle Valuten der Welt zu Tage gekommen sind. In der Hauptsache dürfte es sich aber um den vom Devisenschieber und Hamsterer bevorzugten Dollar handeln, der in erstaunlichen Mengen durch den Devisenkommissar der Reichsbank zur Verfügung gestellt wurde. In einem einzigen Lokal hat man allein 2500 Dollar aufgestöbert, die nach dem gestrigen Kurs schon 375 Milliarden Papiermark ausmachen.

Die Unruhen in Oberbaden.

Freiburg i. Br., 19. Sept. (WTB.) Die vom badischen Wiesental ausgehende Bewegung hat nun auch hier in Freiburg Fuß gefaßt. Heute beginnt der angekündigte Generalstreik. Die Frühzüge konnten nicht gefahren werden, weil die Heizer und Lokomotivführer nicht gearbeitet haben. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Amtliche Devisenkurse am 19. September.

	Geld	Brief
1 holländischer Gulden	7142100	7177900
1 belgischer Frank	877800	882200
1 norwegische Krone	29127000	29273000
1 dänische Krone	32917500	33082500
1 schwedische Krone	43079500	43320500
1 italienischer Lire	8639850	8686150
1 Pfund Sterling	827987500	832625000
1 Dollar	**181545000**	**182455000**
1 französischer Frank	10573500	10628500
1 Schweizer Frank	31920000	32080000
1 tschechische Krone	—	—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230919-15/fragment/page=0001

Die russische Goldwährung.

Der Tscherwonez.

Ein Kenner des neuen Rußlands schreibt uns: Die deutsche Papiermarkwährung ist zusammengebrochen und so gut wie erledigt. Die Reichsregierung bemüht sich, eine neue Goldwährung zustande zu bringen, wie sie im — kommunistischen Rußland nun schon seit bald einem Jahre neben dem grenzenlosen Papier-Unglück besteht. So wenig allerdings der neue Goldrubel, der Tscherwonez, aus der „Sowjetwölk" ein Paradies machen konnte, so wenig wird Deutschland durch eine neue Währung über Nacht aus allen Nöten herauskommen. Aber es ist wichtig und nützlich, sich die Entwicklung der russischen Währungsreform genau anzusehen.

Als im bolschewistischen Sowjetreiche der freie Handel wieder eingeführt wurde, da war der erste Schrei dieses Neugeborenen der Ruf nach Kredit. Um dem Kreditbedürfnis entgegenzukommen, wurde am 12. Oktober 1921 die Russische Staatsbank gegründet. Sie begann ihre Tätigkeit mit Papiergeld, das ihr vom Moskauer Schatzamte zur Verfügung gestellt wurde. Scheinmann, der Präsident der Staatsbank, hat uns bei seinem letzten Berliner Aufenthalt mit väterlichem Schmerze von den Kinderkrankheiten seiner „Firma" erzählt. Es bestand zunächst keine Banktechnik, kein Überweisungsverkehr. Es herrschte vollständige Anarchie. Vor allem war kein wertbeständiges Geld vorhanden, und ohne dieses war ein gesunder Kredit unmöglich. Man mußte also Goldgeld machen. Die Staatsbank verjorgte sich im ersten Geschäftsjahr mit Goldmünzen, Goldbarren und ausländischer Edelvaluta, um einen Fonds zur Deckung der Banknotenausgabe zu bilden. Das war kein leichtes Stück Arbeit. In zäher Tätigkeit mußten die von der verschüchterten Bevölkerung verborgen gehaltenen Goldwerte herausgelockt werden. Dieses geschah nicht durch die Diktatur eines Sowjetkommissars, nicht durch die Peitsche von Verordnungen, sondern durch das Zuckerbrot kaufmännischer Vorteile. Allein aus gehorteten Beständen hat die russische Staatsbank in einem Jahre rund 21 Millionen Goldrubel in ihre Kassen gezogen.

Nachdem dies erreicht war, arbeitete die Staatsbank einen Gesetzentwurf über die Banknotenemission aus, und am 11. Oktober 1922 nahm der Rat der Volkskommissare das Gesetz über das Emissionsrecht der Staatsbank an. Die Bank hat also seit bald einem Jahre das Recht, wertbeständige Banknoten herauszugeben. Damit kommen wir zum neuen Goldrubel. Die Banknoten sind im Werte von 1, 2, 3, 5, 10, 25 und 50 Tscherwonezen gedruckt. 1 Tscherwonez ist gleich 1 Solotnik und 78,24 Doljei reines Gold oder 10 Rubel der früheren russischen Regierung. Diese Noten sind, soweit sie zur Förderung von Handel und Industrie ausgegeben werden, zu einem Viertel durch Edelmetalle und stabile ausländische Valuten, im übrigen durch leicht realisierbare Waren, kurzfristige Wechsel und andere kurzfristige Schuldverschreibungen sichergestellt. Erfolgt die Ausgabe der Goldbanknoten aber für Zwecke der Regierung, so muß die Deckung zu je 50 Prozent in Edelmetallen und Schuldverschreibungen des Finanzkommissariats bestehen. Die Banknoten sind vorläufig unentwertbar, doch wird vorausgesetzt, daß in Zukunft die Regierung sie gegen Gold einlösen wird. Nach § 5 des genannten Gesetzes wird der Termin, an welchem die Einlösung der Banknoten gegen Gold beginnen soll, durch einen speziellen Regierungserlaß festgesetzt. Um den Umlauf der Banknoten zu fördern, werden sie nach ihrem Nominalwerte in allen Fällen angenommen, in denen die Gesetze Zahlung in Gold verlangen.

Nun die volkstümliche Wirkung des Tscherwonez: In den neuen russischen Sparkassen werden die Einlagen der Bevölkerung doppelt gebucht, in Sowjetrubeln und in Goldrubeln. Rußland hat also zurzeit eine Doppelwährung, und die Spartätigkeit ist wieder mächtig angeregt. Das Dekret der Volkskommissare über die Einrichtung der staatlichen Arbeitsparkassen ist am 26. Dezember 1922 erschienen. Am 1. Februar 1923 wurden solche Sparkassen in Moskau und Petersburg eröffnet. Ihnen folgten die anderen wichtigen Städte und Fabrikzentren, so daß Anfang Juli schon 27 Sparkassen bestanden. Die Gesamtguthaben der Einleger sind in sechs Monaten um fast das 90-fache gestiegen, während der Geldwert in dieser Zeit, am Goldkurse gemessen, nur um das Dreifache gesunken ist. In Rußland spart man wieder, weil man den Tscherwonez hat. Deutschland wird an seiner neuen Goldanleihe genesen, wenn man es versteht, sie volkstümlich auszumünzen.

Außenpolitische Übersicht.

Ein zweiter deutscher Rechtssieg.

Der Völkergerichtshof im Haag hat nun auch in der zweiten Streitfrage, die zwischen Deutschland und Polen schwebte, seine Entscheidung gefällt. Es handelte sich darum, ob Deutsche, die in Polen geboren sind, die polnische Staatsangehörigkeit schon dann erworben haben, wenn ihre Eltern zur Zeit ihrer Geburt dort ihren Wohnsitz hatten oder ob dazu erforderlich ist, daß die Eltern dort auch noch zur Zeit des Friedensschlusses wohnten. Die Polen hatten letzteres behauptet, zugleich aber bestritten, daß für die Frage der Volkszugehörigkeit ausländische Der oberste Gerichtshof im Haag hat die Zulässigkeit des Volksbundstatuts bestätigt und in der Sache selbst die Auslegung der polnischen Regierung gemißbilligt. In Verbindung mit der kürzlich ergangenen Entscheidung über die Rechtslage der deutschen Ansiedler und Pächter ist damit dem von den Polen beanspruchten Recht zur Entdeutschung Posens und Westpreußens die wesentlichste Grundlage entzogen. Es mußtenen und Liquidationen sind gegenüber der polnischen Anwendung dieser Maßregeln sehr eingeengt. Dem Völkerbund wird es jetzt obliegen, dem Spruch des Gerichts auch praktische Geltung zu verschaffen.

Revolution in Transjordanien.

London, 19. Sept. (Priv.-Telegr.) Nach Telegrammen aus Jerusalem ist in Transjordanland eine Revolution ausgebrochen. Die Truppen des Emir Abdullah wurden von bewaffneten Stämmen angegriffen. Der Aufstand soll zum Teil antibritisch, zum Teil antijüdisch sein. In erster Linie scheint es sich jedoch um eine Unabhängigkeitsbewegung zu handeln, die einen vollkommen souveränen Staat im Transjordanlande schaffen will.

Hand in Hand . . .

Madrid, 18. Sept. (Havas.) Der König ist durch eine starke Erkältung an das Zimmer gefesselt, widmet sich indessen den Regierungsgeschäften Hand in Hand mit der neuen Regierung.

Abrüstungskomödie.

Washington, 18. Sept. (Reuter.) Die Regierung hat Frankreich, England und Japan die Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz vorgeschlagen. Im Vordergrund sollen das Problem des Stillen Ozeans und die Frage der Abrüstung der submarinen und Luftschiffahrtswaffe stehen.

Deutschland.

Die Unruhen in Oberbaden.

Karlsruhe, 18. Sept. (WTB.) Zu den Demonstrationen und Unruhen in Oberbaden wird amtlich gemeldet: In Lörrach kam es in der Nacht zum 18. September mehrfach zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Dabei fielen beiderseits Schüsse. Im Laufe der Nacht konnte die Polizei mehrere Verhaftungen vornehmen, auch gelang es, den Demonstranten Waffen und Munition abzunehmen. Nachdem heute früh einigermaßen Ruhe eingetreten war, fanden vormittags erneute Angriffe der Demonstranten statt. Verschiedentlich auf die Polizei abgegebene Schüsse wurden von dieser nicht erwidert. In Säckingen fanden gestern abend im Bezirksamt Lohnverhandlungen statt, die stark unter dem Druck der Straße standen. Mehrfach gelang es den vor dem Gebäude versammelten Demonstranten, in dieses einzudringen. Nachts wurden ausmärtige Polizeifreitkräfte eingesetzt, die die Ordnung wieder herstellten. Im Hinblick auf die Vorgänge in den oberbadischen Amtsbezirken verhängte das Staatsministerium über die Amtsbezirke Lörrach, Schopfheim, Schönau und Säckingen den Ausnahmezustand.

Ein „Ernährungsdiktator" in Bayern.

München, 18. Sept. (Priv.-Telegr.) Nach Blättermeldungen ist die Ernennung eines Ernährungsdiktators in Bayern in Aussicht genommen. Demselben soll die Befugnis erteilt werden, in eigener

Wichtiges vom Tage.

Wie Havas meldet, findet die Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin Mittwoch nachmittag statt.

*

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern nachmittag mit der inner- und außenpolitischen Lage. Es bestand völlige Einmütigkeit darüber, daß von der Reichsregierung alles geschehen müsse, um schleunigst zu Verhandlungen zu kommen mit dem Ziel der Befriedung des Ruhrgebietes und der Wiederherstellung vertragsmäßiger Verhandlungen. Im Innern seien alle Maßnahmen zu treffen für eine Linderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

*

Marktstand in der New-Yorker Schlußbörse: Dollarparität 222 222 222; Nachbörse: Dollarparität 200 000 000.

*

In Basel wurde gestern unter Vorsitz von Lafontaine — dem Vizepräsidenten des belgischen Senats — die Hauptversammlung der „Friedensgesellschaften" eröffnet. Die Basler Regierung hieß durch Regierungsrat Dr. Bremmer die aus zehn verschiedenen Ländern erschienenen Delegierten willkommen. Es wurden verschiedene Kommissionen gebildet, so für die Frage der Ruhrbesetzung, des italienisch-griechischen Konflikts, des Völkerbundes und insbesondere für die Frage, wie die öffentliche Meinung in den verschiedenen Ländern für die Mitarbeit an der Herbeiführung eines wirklichen Friedens gewonnen werden könne. Die Tagung wird zwei Tage dauern.

*

Reuter meldet aus New York: Die großen Morgenblätter sind gestern morgen nicht erschienen, da die Drucker plötzlich infolge Lohndifferenzen in den Ausstand getreten sind.

*

Nach einer Reutermeldung aus Berkeley in Kalifornien sind durch den bereits gemeldeten Brand im ganzen 600 Häuser zerstört worden. Der Schaden beläuft sich auf 10 Millionen-Dollars. 2400 Menschen sind obdachlos geworden.

*

Reuter meldet aus Malta: Hier wurde gestern früh 7 Uhr 35 Min. ein schwerer Erdstoß verspürt. Es wurde kein ernster Schaden angerichtet. Unter der Bevölkerung ist eine Panik ausgebrochen.

Die Danziger Hafenarbeiter befinden sich seit Montag wegen Lohndifferenzen im Ausstand. Sie verlangen einen Tageslohn von 300 Millionen. (!)

Zuständigkeit alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Ernährungsverhältnisse in Bayern so erträglich zu gestalten, als es angesichts der ganzen wirtschaftlichen Lage überhaupt möglich ist. Als „Diktator" soll eine im Wirtschaftsleben erfahrene weit bekannte Persönlichkeit in Aussicht genommen sein. — Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht war nicht zu erhalten.

Um die Wertbeständigkeit der Beamtengehälter.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am 17. September mit der Frage, wie dem Nachzahlungswesen bei den Beamtenbesoldungen ein Ende gemacht werden könne. Es wurde vorgeschlagen, die Gehälter wenigstens zum Teil in Goldanleihe auszuzahlen. Dieser Form der Regelung stehe entgegen, daß bei dem nicht besonders befriedigenden Ergebnis der Zeichnung der Goldanleihe nicht Stücke genug vorhanden sein könnten. Es ist auch zu bedenken, daß der Kurs der Goldanleihe möglicherweise unter Pari sinken kann. Der Volksparteiler Quaß schlug den Weg vor, daß die Beamten ihr Gehalt je nach Bedürfnis bei ihrer zuständigen Kasse erheben sollten, und daß der stehenbleibende Rest entsprechend aufgewertet wird. Die Angelegenheit befindet sich aber noch im Stadium der Vorbereitung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Haushaltsausschuß genehmigte die mit den Spitzenorganisationen und Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen über die Löhne und Gehälter für die zweite Septemberhälfte. Zur Auszahlung gelangt ein Wochenbetrag in Höhe der bereits gezahlten Septemberträge.

Die Frage der Beamtengehälter vor dem Reichsrat.

Berlin, 18. Sept. (WTB.) Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Vollsitzung die Vorlage über den Besoldungs- und Ruhegehaltshaushalt der Reichsbankbeamten mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums für 1923 an. Der Verordnung des Reichsfinanzministeriums, die es den Ländern und Gemeinden zur Pflicht macht, am 1. Oktober lediglich die Vorauszahlung eines Monatsgehaltes an die Beamten vorzubereiten, stimmte der Reichsrat mit großer Mehrheit zu.

*

Neuregelung der Ausfuhrbestimmungen.

Berlin, 19. Sept. (WTB.) Eine Bekanntmachung der zuständigen Ministerien setzt mit Wirkung vom 27. September 1923 ab alle bisherigen Ausfuhrverbote außer Kraft und bringt eine neue Liste der Waren, die in Zukunft noch einer Ausfuhrbewilligung bedürfen. Die neue Verbotsliste umfaßt im wesentlichen nur noch Nahrungsmittel, Rohstoffe und gewisse Halbfabrikate, an denen die deutsche weiterverarbeitende Industrie besonders interessiert ist. Durch eine gleichzeitig veröffentlichte Verordnung auf grund des Notgesetzes wird die Kalturierung und Bezahlung von Exportwaren in hochwertiger Valuta sowie die Verwendung der Gegenwerte im Interesse der deutschen Wirtschaft und die Ablieferung an die Reichsbank vorgeschrieben.

Weitere Einschränkung des Devisenhandels.

Berlin, 18. Sept. (WTB.) Von maßgebender Seite wird mitgeteilt: Nach der Devisenmaklerverordnung, deren Veröffentlichung bevorsteht, ist die Vermittlung von Geschäften in ausländischen Zahlungsmitteln außer Devisenbanken und vereidigten Kursmaklern nur noch den auf Grund der Verordnung zugelassenen Devisenmaklern gestattet. Die Devisenmakler dürfen solche Geschäfte nur zwischen Devisenbanken vermitteln und sollen nur im Ortsbereich staatlich anerkannter Fondsbörsen zugelassen werden. Für die Übergangszeit wird eine besondere Regelung getroffen.

Zollerhöhungen.

Berlin, 19. Sept. (WTB.) Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit einem ihm vom Reichsfinanzministerium vorgelegten Gesetzentwurf über die Verordnung von Zollerhöhungen. Der Entwurf sieht u. a. die Einführung von Zöllen auf jetzt zollfreie Waren vor. Hauptsächlich sollen Luxuswaren davon betroffen werden. Der Regierungsvorlage wurde zugestimmt unter Annahme einer Entschließung, welche u. a. auf feine Wollgewebe eine Erhöhung bis 100 Prozent der jetzigen Zollgrenze wünscht.

*

Hier so!

Berlin, 19. Sept. (Priv.-Telegr.) Zu den gestrigen Devisenrazzien in der Friedrichstadt und im Westen Berlins erklärte der Reichskommissar für Devisenerfassung einem Vertreter der „B. Z.": Es war mir bekannt, daß in einer ganzen Anzahl von Lokalen Berlins in größtem Maßstabe mit Devisen und vor allem mit Banknoten gehandelt wird. Ich beschloß deshalb, eine überraschende Kontrolle dieser Lokale vornehmen zu lassen. Im Augenblick ist eine Übersicht über den Ertrag des Unternehmens nicht möglich, doch dürfte meiner Schätzung nach die beschlagnahmte Banknotenmenge, die sich aus den Geldsorten aller Länder zusammensetzte, recht beträchtlich sein. Ich habe den ganzen Ertrag sofort dem Reich zur Verfügung gestellt. — Über die Vorgänge während der Razzien teilt der „B.-A." noch mit: Zahlloses waren die Fälle, in denen die fremden Geldsorten in hohen Werten hinter und unter Sofas und Tische geworfen wurden. Alle anwesenden Gäste und Personal, das sich übrigens auch zum Teil an dem wilden Devisenhandel beteiligte, mußten sich einer körperlichen Untersuchung unterziehen. Eine große Anzahl von Personen östlicher Herkunft, die sich nicht im Besitz gültiger Pässe befanden, wird in den nächsten Tagen zwangsweise über die Grenze abgeschoben werden.

Provinz und Nachbarländer.

Aus der Nachbarstadt Halle.

4500 Arbeitsuchende in Halle.

† Halle. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde durch die Stimmen der Linken beschlossen, die Bergschenke nicht wieder an einen Gastwirt zu verpachten, sondern sie als Zugendheim dem Verein der Naturfreunde zu überlassen. Bei der Beratung über die Erwerbslosenfürsorge wurde von städtischer Seite erklärt, daß in Halle in der vorigen Woche gezählt worden seien: 4500 Arbeitsuchende, 1500 Unterstützungsempfänger, täglicher Zugang 150 bis 200, Kurzarbeiter ungefähr 7000 — Zahlen, wie man sie in Halle noch nicht beobachtet habe. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, der die Reichsregierung ersucht, der Stadtgemeinde Halle die Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur Fortsetzung einer produktiven Fürsorge für mindestens 3000 Erwerbslose nötig sei, wofern sie von der Stadt nicht selbst aufgebracht werden könnten.

Kredite für die Kartoffelversorgung.

† Halle. Zur Ermöglichung rechtzeitiger Kreditbereitstellung für die Herbstkartoffelversorgung richtete der Landbund Provinz Sachsen im Auftrage des (aus Behörden-, Handels-, Erzeuger- und Verbrauchervertretern zusammengesetzten) Ernährungsausschusses für die Stadt Halle an den Reichsfinanzminister eine Eingabe, die darauf hinweist, daß für einen Teil der Arbeiterschaft die Frage der Winterkartoffelbeschaffung, die die Einrichtung wertbeständiger Sparkassen bei den einzelnen industriellen Werken geregelt werde, nicht aber für die zahlreichen auf die Versorgung durch Handel oder Kommunen Angewiesenen. Letztere könnten angesichts ihres Mangels an Großkapital diese Pflicht nur bei Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch die Reichsbank übernehmen. Als Vorbild könnte u. a. die Kreditgewährung des Reiches an die Kommunalverbände zwecks schleunigster Bezahlung des letzten Umlagesoll-Kredites im letzten Frühjahr dienen. Für Halle und Umgegend wird schätzungsweise ein Kredit für etwa 100 000 Ztr. Speisekartoffeln benötigt. Der Ernährungsausschuß benötige die erbetenen Kredite schleunigst.

Raubmord.

† Naumburg. Auf dem Wege von Flemmingen nach Heiligenkreuz wurde die Toten-frau aus Priesnitz, Frau Vogt, das Opfer eines Raubmörders. Im Hohlwege hinter Janisroda, wo das Mädchen aufführt, wurde die Unglückliche am hellen Nachmittage anscheinend niedergestochen. Frau Vogt stand in Arbeit bei Gutsbesitzer Harnisch in Priesnitz, hatte die Butter zur Stadt gebracht und führte den Erlös, etwa 40 Millionen Mark bei sich. Die Tote wird als eine etwa 40-jährige kräftige Frau geschildert, sie hat zwei Töchter, ein Mädchen von 10 Jahren und ein bei der Schule schon entwachsenes. Ihr Mann ist Leunaarbeiter. Der Raubmörder steht in den vierziger Jahren und soll ein Kerl mit Spitzbart, in Schlapphut und Manchesterkleidung sein. Nach dem Morde wäre er in Heiligenkreuz in einem Kaufladen erschienen und hätte Zigaretten verlangt. Man habe an seinen Hosen Blutflecke bemerkt, und der Hund des Händlers soll diese eifrig beschnüffelt haben. Nach der Ursache des Blutes befragt, habe er erwidert, daß er bei einem Schlächter hantiert habe, dort habe er sich die Blutflecken zugezogen.

Eine Bäcker-Innung wegen Wuchers angeklagt.

† Dessau. Die anhaltische Regierung hat gegen alle Bäckermeister, die gemäß einem Beschluß der Dessauer Bäckerinnung am 12. September neun Millionen Mark für ein markenfreies Brot nahmen, Strafantrag wegen Wuchers gestellt, weil nach den Ermittelungen der amtlichen Preisprüfungsstelle höchstens sieben Millionen Mark hätten genommen werden dürfen.

Papier aus Schilf.

§ Großenhain. Die Muldenthal-Werke in Freiberg haben jetzt in Großenhain eine großzügig angelegte und mit den modernsten Maschinen ausgerüstete Zellstoffabrik eröffnet, die das große Areal des ehemaligen Militärübungsplatzes umfaßt. Die Tagesproduktion des Werkes beläuft sich auf 50 000 Kg. In der Fabrik wird zum ersten Male Schilf neben Holz und Zellulose zu Pappe und Zeitungspapier verarbeitet. Der Freistaat Sachsen gilt als hervorragendes Hydrophytfassgebiet mit etwa 50 000 Tonnen Schilf, Binsen und Rohr. Die Verwendung dieses Hydrophytstoffes zu Pappe und Papier bedeutet nach dem Zeugnis des Universitätsprofessors Kassow-Leipzig einen neuen Abschnitt in der Papierherstellung, der geeignet ist, die bisher zum größten Teil brachliegenden Hydrophytstoffe nutzbar zu machen.

Erwerbslose stürmen das Eisenacher Wohlfahrtsamt.

† Eisenach. Am Montag früh kam es vor dem Eisenacher Wirtschafts- und Wohlfahrtsamt zu Erwerbslosenunruhen. Die Erwerbslosen drangen in die Räume des Amtes ein und mißhandelten den zufällig anwesenden Stadtkämmerer, Stadtrat Eckel, daß die sofortige Inanspruchnahme der Sanitätskolonne notwendig wurde. Ein starkes Aufgebot Eisenacher Polizeimannschaften griff mit Gummiknüppeln ein.

Überfall auf eine Frau im D-Zuge.

† Magdeburg. Noch ist es nicht gelungen, das furchtbare Verbrechen an dem Direktor Kreußig in dem D-Zuge Frankfurt—Berlin aufzuklären, und schon wieder hat sich ein neues schweres Verbrechen in dem D-Zug Köln—Berlin ereignet. Am Sonntag vormittag fand man in dem am Potsdamer Bahnhof in Berlin einlaufenden D-Zuge Köln—Berlin im Toilettenraume eines Wagens 3. Klasse die Frau des Bankbeamten Wellinger aus Berlin bewußtlos auf. Man brachte sie nach der Rettungsstelle, wo sie bald das Bewußtsein wieder erlangte und folgende Aussage machte: Sie ist kurz vor Magdeburg, als sie sich in der Nähe der Toilette aufhielt, von einem Reisenden angefallen, in die Toilette hineingedrängt und dort mit Chloroform betäubt worden. Nach ihrer Aussage fehlen ihr die Brieftasche, der Trauring und ebenso ihr Koffer, der im Gepäcknetz ihres Mutteils lag. Der Täter hat nach seiner Tat die Toilette mit einem Dietrich abgeschlossen. Als das „Belebt"-Zeichen auch bei der Einfahrt in Berlin noch da war, wurden Eisenbahnbeamte gerufen, die die Tür gewaltsam aufrissen und die ohnmächtige Frau fanden. Die Berliner Kriminalpolizei ist zurzeit damit beschäftigt, die Aussage der Überfallenen nachzuprüfen.

Wie Rücksicht auf die sich mehrenden Überfälle in Eisenbahnzügen hat das Reichsverkehrsministerium eine Reihe von Maßnahmen zur Sicherung ergriffen. Der Reichsverkehrsminister wird in einer Verfügung an einen, bereits vor einigen Tagen ergangenen Erlaß erinnern, der die Beamten anleitet, allein sitzende Passagiere besonders zu beobachten und auffallenden verdächtige Mitreisende im Auge zu behalten. Weiterhin sind Verordnungen im Gange, die zur Einführung neuen Überwachungsdienst einzurichten. Auf die Aufklärung des Überfalls auf die Beamtenfrau ist eine sehr hohe Belohnung ausgesetzt worden.

Das unheimliche Zuchthaus.

† Kassel. In der Strafanstalt Wohlheiden rumort es. Anwohner des Zuchthauses wurden in den letzten Nächten mehrfach durch laute Rufe aufgeschreckt. Die geheimnisvollen Vorgänge hinter den roten Zuchthausmauern bilden das Tagesgespräch der ganzen Gegend. Die vollbelegte Anstalt birgt augenblicklich eine große Menge „schwerer Jungen", die aus dem von den Franzosen leider Gottes gegen uns in Anspruch genommenen Zuchthaus in Werden hierher überführt worden sind. Auch mehrere zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte befinden sich darunter. Es hat den Anschein, als ob Strafmaßnahmen die „Demonstrationen" der Sträflinge bewirkt haben. Die demonstrativen Lärmrufe gehen stets zu einer bestimmten Zeit auf ein geheimnisvolles verabredetes Zeichen los. Trotz schärfster Kontrolle gelang es noch nicht, die Art und Weise festzustellen, auf die sich die Leute verständigen. Wie wir hören, sind mehrere Sträflinge, die als die Haupträdelsführer des nicht alltäglichen Komplotts anzusprechen sind, bereits in verschärfte Haft genommen und die Bewachung erheblich verstärkt.

Kleine Rundschau.

In Gehren brannten nachts zwei Wohnhäuser mit vier Nebengebäuden und sechs Scheunen völlig nieder. Andere Wohnhäuser wurden stark beschädigt. — Einen ehrenvollen Auftrag erhielt ein in der Strafanstalt Brückenkopf bei Wittenberg wegen besonderen Vertrauen genießender Strafgefangener, der frühere Bankbeamte R. Er wurde beauftragt, etwa drei Milliarden Mark Lohngelder an der Kasse des Amtsgerichts abzuheben. Nach dem Empfange des Geldes machte sich R. auf die Strümpfe und entwich seinem Aufseher. — Durch einen Hufschlag getötet wurde der Landwirt Ernst Busse in Klötze. — Auf dem Friedhof in Dessau erschoß sich ein junger Arbeiter, weil ihn seine Angehörigen wegen einer Straftat selnehmen lassen wollten. — In Friedrichsdorf bei Witterda drischen Feldbiebe zwei Zentner Weizen aus. Plötzlich erschien ein aufgeputztes „Gespenst". Die Diebe rissen aus wie Schafleder und ließen zwei neue Zeltplanen, eine Tuchplane und einen Sack zurück. Der Besitzer war über die Heimsuchmännchen am Morgen sehr erfreut. — Ins Gerstedter Gefängnis wurden zwei Berliner Jüngelchen eingeliefert, die ihren weitläufigen Onkel in Freiß heimsuchmäßig für einige Milliarden Mark Lebensmittel und dergleichen gestohlen hatten, auf der Landstraße neben dem vollgepackten Koffer eingeschlafen sind so vom Landjäger aufgegriffen worden waren. — Beim Pflaumeaepflücken abgestürzt und das Rückgrat gebrochen hat in Herbst Frau Tischerich. Die Witwe hinterläßt sechs unerzogene Kinder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230919-15/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

19. September.

Der Herbst kommt!

Die Witterung hat seit Montag herbstlichen Charakter angenommen. Der Regen war vom Landwirt lange ersehnt für die späten Kartoffeln und Rübenfelder. Die Natur bereitet sich zum kalendermäßigen Empfang des Herbstes vor. Die Blätter werden gelb und rot und fallen in großen Mengen, wenn der Wind über die Bäume fegt. Unsere Anlagen bieten für den Naturfreund mit ihren bunten Bildern die schönste Augenweide. — Das Thermometer ist von 28 Grad Celsius in der Vorwoche auf 14 Grad gesallen und mahnt dazu, die winterliche Kleidung instandzusetzen und den Kohlenbestand zu prüfen, denn der Winter wird hart werden.

So hart wie die Kriegswinter waren! Wenn auch dort draußen keiner mehr dem Tode verfällt, so müssen wir im Innern alle Anstrengungen machen, daß der Tod hier nicht durch Hunger und Kälte reiche Ernte findet. Wir müssen eine Front bilden dem Elend gegenüber, eine Front aller derer, die noch nicht in Eigennutz und Gehsucht verstrickt sind, die ein warmes Gefühl für ihre Mitmenschen, die Armen, Alten und Kranken haben.

Vergeßt die Alten nicht! Das ist der Mahnruf, den uns das bunte Bild des Herbstes wieder vor Augen führt. Lindert die Not mit allen Kräften, die Ihr die Arme noch rühren könnt. G.

*

Die Lohnsteuer.

Die Ermäßigungen ab 16. September.

Lohnzahlung

	monatlich	wöchentl.	täglich	f. 2 angefang. od. volle Srd.
ledig	6 720 000	1 612 800	268 800	67 200
verheiratet	7 440 000	1 785 600	297 600	74 400
verwitwet mit 1 Kind	11 520 000	2 764 800	460 800	115 200
verheiratet mit 1 Kind	12 240 000	2 937 600	489 600	122 400
verwitwet mit 2 Kinder	16 320 000	3 916 800	652 800	163 200
verheiratet m. 2 Kinder	17 040 000	4 089 600	681 600	170 400
verwitwet mit 3 Kinder	21 120 000	5 068 800	844 800	211 200
verheiratet m. 3 Kinder	21 840 000	5 241 600	873 600	218 400
verwitwet mit 4 Kinder	25 920 000	6 220 800	1 036 800	259 200
verheiratet m. 4 Kinder	26 640 000	6 393 600	1 065 600	266 400
verwitwet mit 5 Kinder	30 720 000	7 372 800	1 228 800	307 200
verheiratet m. 5 Kinder	31 440 000	7 545 600	1 257 600	314 400

*

** **Personalien.** Regierungsassessor Dr. Spießbach ist von der Merseburger an die Kölner Regierung versetzt worden.

** **Der Milchpreis wird vom Donnerstag ab von 3,5 Millionen auf 4,2 Millionen Mark heraufgesetzt.**

** **Feststellungskommissionen für Lebensmittel.** Einer gemeinsamen Verfügung des Ministers des Innern und des Ministers für Landwirtschaft entnimmt der Amtliche Preußische Pressedienst u. a. folgendes: In den letzten Wochen bildeten in vielen Bezirken ungesetzliche Kontrollausschüsse ihre Tätigkeit in den Städten und auf dem flachen Lande aus. Dieser ungesetzlichen Tätigkeit muß weiter mit Nachdruck entgegengetreten werden. Um die Landwirtschaft gegen ein derartiges tumultuarisches Vorgehen der Kontrollausschüsse zu schützen und die Bevölkerung über die landwirtschaftlichen Verhältnisse aufzuklären und sie vor Unbesonnenheit oder gar Gewaltmaßnahmen zurückzuhalten, erscheint es dringend erforderlich, mit tunlichster Beschleunigung in den Provinzen und Regierungsbezirken Feststellungskommissionen zu bilden, die im amtlichen Auftrag vornehmlich zu ermitteln haben, ob und inwieweit in preistreiberischer Absicht Erzeugnisse zurückgehalten werden. Diese Kommissionen sind überall dort zu bilden, wo Preisprüfungsstellen bestehen und dieses zu unterbinden. Hierdurch wird sich einwandfreie Aufklärung der Verbraucherschaft ermöglichen lassen und das gegenseitige Verständnis zwischen Erzeuger und Verbraucher gefördert werden. Soweit sich der Verdacht strafbarer Handlungen ergibt, ist sofortige Verbindung mit den zuständigen Polizeibehörden erforderlich, die bereits die weiteren Maßnahmen (Beschlagnahme) zu treffen und ein Strafverfahren herbeizuführen haben.

** **Die Notlage des gewerblichen Mittelstandes. Im preußischen Landtag ist ein Urantrag aller bürgerlichen Parteien eingebracht worden, in dem es heißt: Die schwere Wirtschaftskrisis mit dem ungeheuren Marksturz hat den gesamten gewerblichen Mittelstand in große Bedrängnis gebracht. Die Arbeitsämter berichten von großem Andrang arbeitsuchender selbständiger kleiner Gewerbetreibender. Angesichts dieser katastrophalen Verhältnisse wolle der Landtag beschließen, das Staatsministrium zu ersuchen, mit Rücksicht auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes dieser stark bedrohlichen Entwicklung mit äußerster Kraft entgegenzuarbeiten.**

** **Warnung vor Annahme verfälschter Darlehnskassenscheine.** Darlehnskassenscheine mit dem Aufdruck einer erhöhten Wertangabe werden in neuerer Zeit von Betrügern in den Verkehr gebracht. Vor der Annahme dieser verfälschten Darlehnskassenscheine wird gewarnt. Maßgebend für die Darlehnskassenscheine ist allein die im Schriftsatz enthaltene Wertangabe.

** **Bittgesuche an ausländische Behörden, Vereine und Privatpersonen** nehmen nach zahlreichen Berichten deutscher Auslandsvertretungen neuerdings in einer Weise überhand, die für das deutsche Ansehen eine ernste Gefahr bedeutet. Wohlfahrtsanstalten und Vereine der verschiedensten Art haben bisweilen in Tausenden von Stücken, an ausländische Behörden, Vereine und Privatpersonen Bittgesuche versandt, in denen die Übermittelung von Gehsendeln oder auch der Beitritt als „unterstützendes Mitglied" erbeten wird. Die ständig zunehmende Überschwemmung des Auslandes, namentlich der Vereinigten Staaten von Nordamerika, mit Bittgesuchen aus Deutschland wird vielfach schon auch in deutschfreundlichen und sogar in auslandsdeutschen Kreisen als lästige Bettelei empfunden, um so mehr, als viele dieser Bittgesuche in ihrer Form einen bedauerlichen Mangel an Takt und an Empfinden für nationale Würde verraten. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Erscheinungen wesentlich dazu beigetragen haben, die öffentliche Meinung des Auslandes zu ungunsten Deutschlands zu beeinflussen. Zugleich besteht die Gefahr, daß die an vielen Orten des Auslandes zutage getretene Hilfsbereitschaft gegenüber den sozialen Notständen innerhalb Deutschlands unter dem Eindruck fortgesetzter Mißstimmung über das Überhandnehmen derartiger Bettelbriefe nachläßt und letzten Endes vollständig erlöscht wird. Auf die Genehmigungserfordernis einer jeden Sammlung im Auslande durch den preuß. Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege, Berlin W. 66, sei daher besonders hingewiesen. Gegen bewußte Verletzungen der gesetzlichen Vorschriften kann im Wege des Strafverfahrens auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 eingeschritten werden.

** **Billige Speisen in den Bahnhofswirtschaften. In einem besonderen Erlaß weist der Reichsverkehrsminister darauf hin, daß die Bahnhofspreise zu angemessenen Preisen angehalten sind; die Reichsbahndirektionen sollen scharf darüber wachen, daß die Bahnwirtschaften keinesfalls teurer als gleichartige Wirtschaften des Ortes sind, und Bahnhofswirte, die übermäßige Preise fordern, unnachsichtlich zur Rechenschaft ziehen. In jeder Bahnhofswirtschaft muß ein Preisverzeichnis aushängen. Weiter sollen, da heute diese Reisende nicht in der Lage sind, Fleischbeilagen zu bezahlen, die Bahnwirte verpflichtet werden, auch Semmeln oder Brot ohne Beilagen abzugeben.**

** **Die kommende Wohnungs-Luxussteuer.** Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung über die Wohnungs-Luxussteuer zugehen lassen. Der Entwurf enthält folgende allgemeine Grundsätze für die von den Gemeinden zu erhebende Wohnungs-Luxussteuer: Die Wohnungs-Luxussteuer, deren Ertrag lediglich zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedelung verwendet werden darf, ist nach der Zahl der steuerpflichtigen Wohnräume allein oder in Verbindung mit der Größe der Wohnfläche, nicht aber allein nach der Größe der Wohnfläche zu bemessen. Räume unter 10 Quadratmeter Wohnfläche sind steuerfrei. Für alle übrigen Räume ist vorgesehen, daß Räume über 40 Quadratmeter Wohnfläche bei der Berechnung der Zimmerzahl doppelt zu zählen sind. Steuerfrei sollen mindestens soviel Wohnräume sein, wie die um 1 vermehrte Zahl der zum Haushalt des Wohnungsinhabers gehörigen Personen beträgt. Je 3 Kinder im Alter bis zu 10 Jahren werden als eine Person gerechnet. Hausangestellte sind den Personen des Haushaltes hinzuzurechnen. Die Festsetzung der Höchstgrenze soll den obersten Landesbehörden überlassen bleiben. Wohnungen, die nach dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind und nicht mehr als 6 Wohnräume enthalten, sollen von der Abgabe frei sein. Auf begründeten Antrag hin sollen Steuerermäßigungen gewährt werden.

** **Erweiterte Zuständigkeit der Amtsgerichte.** Der Rechtsausschuß des Reichstages genehmigte den Entwurf einer zweiten Verordnung zur Entlastung der Gerichte. Dadurch wird für die Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten eine Erhöhung der bisher geltenden Wertgrenzen um das rund Einhundertfünfzigfache, für die Revisionssumme auf das Zweihundertfache und für die übrigen Wertgrenzen eine Erhöhung in entsprechendem Maße vorgenommen. Die Verordnung tritt am 1. Oktober in Kraft. Der Reichsjustizminister: Dr. Radbruch erklärte, daß das Reichsjustizministerium bemüht sei zu wertbeständigen Abgrenzungen übergehen werde, falls diese Maßnahmen durch die geplante Währungsreform nicht überholt sein würden.

** **Merseburgisches.** Interessieren werden ein Paar Notizen aus den „Merseburger Stadtblättern" von 1836. Es gab damals in Merseburg einen homöopathischen Arzt Dr. Erhardt, der unter dem 26. April 1836 anzeigt, daß er seine Wohnung „und dem Kaufmann Grumbachschen Hause in die Böhmische Tabaksfabrik am Roßplatz (Roßmarkt) verlegt hat." Die Merseburger brauchten also nicht „nach Halle zu machen", wenn sie sich von der Homöopathie wollten kurieren lassen. Es gab auch einen „Mannskleidermacher". Kleidermachermeister F. W. Weiße zeigt einem hochgeehrten Publikum ergebenst an, daß er sich Große Ritterstraße Nr. 61 bei der Witwe Hegener als Mannskleidermacher etabliert hat am 28. Mai 1836. Zur Pflege der edeln Tanzkunst kam sogar der Universitäts-Tanzmeister von Leipzig nach Merseburg. Unter dem 11. April 1836 ergeht einem hochachtbaren Publikum zu Merseburg die Anzeige, daß Wilhelm John, Universitäts-Tanzlehrer in Leipzig nunmehr in Merseburg eingetroffen ist und am 12. April seinen Tanz-Kursus im „Herzog-Christian" eröffnet. Er logierte beim Kaufmann Ortmann in der Schmalegasse. Da wird sich die liebe Merseburger Jugend wacker betätigt haben. Unter demselben Datum ist folgendes hübsche Rätsel aufgegeben, dessen Lösung bald folgen wird:

„Die Erste findet man auf dieser Erde gut und schlecht,
Mit Füßen tritt sie Herr und Frau und Magd und Knecht.
Die beiden letzten immer mehr zu werden, soll der Mensch sich stets bestreben,
Auch ist dazu ihm Kraft aus seines Schöpfers Hand gegeben.
Das Ganze wird man öffentlich, nie im Verborg'nen sehen,
Und mancher Reisende bleibt fragend bei ihm steh'n."

Schw.

** **Die Merseburger Schulsugend** befleißigt sich auf der Straße gegenwärtig keines guten Betragens. Der Lärm nach Schulschluß war in immer groß, jetzt geht die Jugend aber auch an ohne Aufsicht stehende Motorräder und Automobile und treibt ihren Spaß in Tätigkeit. Häuser und Zäune werden beschmiert, in den Anlagen sind die Blumenbeete nicht zum Betreten da, sondern es geht immer quer durch die gepflegten Strauch- und Grünanlagen. Ein Appell an die Schul- und Aufsichtsbeamten nützt wenig, denn von beiden Seiten wird wohl schon so alles aufgeboten, um der Jugend des Verwerfliche ihrer Handlungsweise klar zu machen. An diesen Erziehungswerk muß jeder Erwachsene mitwirken. Es geht einfach nicht an, daß man sich um die fremden Kinder nicht kümmert, sondern man muß jeden kleinen Übeltäter nach dem Namen fragen und mit einer Anzeige drohen. Das Mittel ist probat und hat oft schon auf ein kindliches Gemüt bessernd gewirkt.

** **Liebesgabe und Berichtigung.** In Nr. 219 dieser Zeitung hat sich in meinem Bericht über Liebesgaben für notleidende Kriegerwitwen ein Druckfehler eingeschlichen. Die Beamten der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Filiale Merseburg, stifteten nicht 10 Millionen Mark, sondern 100 Millionen Mark. Es wird dafür ein guter Einkauf Lebensmittel geschaffen, deren Verteilung durch das Wohlfahrtsamt eine hochersreuliche Erscheinung für die Kleinrentner ist.

Im Anschluß hieran habe ich über weitere Liebesgaben zu berichten. Eine freundliche Spenderin in Rumänien, die zum Besuch in Merseburg war, gab 2 Millionen Mark, je zur Hälfte für den Rentnerbund und für die Ruhrspende. Ingenieur H. brachte 5 Millionen Mark. Ich habe daher dem Wohlfahrtsamt auf dem Rathaus für den Rentnerbund 6 Millionen Mark überreicht zur Ausgabe von Lebensmitteln. Den lieben Gebern sei herzlichsten Dank gesagt. Schw.

*

Das Amtsblatt der Stadt Merseburg

enthält in heutiger Ausgabe Bekanntmachungen über die Festsetzung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität; die Landwirtschaftskammerrolle Notumlage 1923; Termin zur Anörnung der Ziegenböcke; Gebührenordnung über die baupolizeiliche Prüfung von Baugesuchen usw.; Anträge auf Wandergewerbescheine.

*

Tageskalender.

Mittwoch, 19. September.

Gastspiel des Weimarer Residenztheaters: Der Fürst von Pappenheim. — Stadtkirmsspiel im Park-Café. — Ball in der Funkenburg. — Künstlerkonzert im Park-Café.

Donnerstag, 20. September.

Ernteball im Neuen Schützenhause. — Gesellschaftsabend bei Beth.

Wetterwarte.

B. W. am 20. 9. (Donnerstag): Teils heiter, teils wolkig, nachts kühler, tagsüber mild, strichweise etwas Regen. — 21. 9. (Freitag): Vorwiegend wolkig bis trüb, windig, mild, Regenfälle.

§ **Wallendorf,** 19. Sept. Die kirchliche Feier unseres diesjährigen Erntefestes hat einen recht erhebenden Verlauf genommen. Der Kirchenchor der Altenburg aus Merseburg war, wie schon mehrere Male in diesem Jahr, erschienen, um mit musikalischen Gaben verschiedener Art der Feier eine höhere Weihe zu geben. Es wechselten schlichte Chorgesänge mit Einzelliedern und Violinstücken einander ab. Zwischen den einzelnen musikalischen Darbietungen standen Vorlesungen von Psalmenworten; den Höhepunkt und Mittelpunkt des Gottesdienstes bildete die Ansprache des Ortsgeistlichen Pastor Günther, der auf Sitten und Bräuche, aber auch auf die Not des Vaterlandes hinwies. Diesen beiden Teilen ordneten sich die zu Gehör gebrachten Orgelstücke aufs beste ein. Der Altenburger Kirchenchor unter Kantor Gutbiers Leitung hat den zahlreich zum Gottesdienst erschienenen Gemeindemitgliedern gewiß tief ins Herz hinein gesungen. Mächtige Orgeltöne, von Kantor Roe-Wallendorf zum Vortrag gebracht, säumten die Feier ein. Am Schluß wurde eine Sammlung veranstaltet für die Errichtung eines Gedenksteins und einer Ehrentafel für die im Weltkrieg gefallenen Mitglieder des Kirchspiels.

§ **Schkeuditz,** 19. Sept. Schöffengericht. Des Diebstahls beschuldigt wurde der Holzmeister Eduard K. vom Rittergut Modelwitz. Er soll eine 40 Pfund Erbsen verfickt haben, um sie sich anzueignen. Da die Aussagen der Zeugen jedoch Widersprüche ergaben, hielt das Gericht den Beweis der Anklage nicht für erbracht und sprach K. auf Kosten der Staatskasse frei. Beantragt waren 1 000 000 M Geldstrafe oder 2 Tage Gefängnis. — Der Altwarenhändler K. in Leipzig-Ost. stahl von einem eisernen Brückengeländer eine 2 Meter lange Stange ab und nahm damit heim. In Wahren erweckte er Verdacht; er wurde festgenommen und außer der Eisenstange wurden ihm allerhand Handwerkszeuge abgenommen. K. war geständig und gab an, er habe die Stange als Stutz vor seiner Aschengrube anbringen wollen. Das Gericht brachte das Gesetz vom Juni d. J. in Anwendung, wonach derartige Diebstähle als schwere betrachtet und mit Zuchthaus bestraft werden, entsprechend hielt das Gericht jedoch mildernde Umstände anzugestehen und verurteilte ihn zu der gesetzlich zulässigen Strafe von 3 Monaten Gefängnis. Ferner beschloß es, die Strafe auf 2 Jahre auszusetzen, wenn der Beklagte innerhalb einer Woche an die hiesige Gerichtskasse eine Buße von 20 Millionen Mark zahlt. — Einspruch gegen einen Strafbefehl über 150 000 M erhob der Pfleger Friedrich Oehring in Alt-Scherbitz. Er wurde beschuldigt, eine Rolle Zwirn unterschlagen zu haben, was er ganz entschieden in Abrede stellt. Das Gericht sprach Oehring auf Kosten der Staatskasse frei. — Am 18. Mai waren dem Gutsbesitzer Becker in Röglitz 120 000 M Geld sowie eine Herren- und eine Damenuhr gestohlen. Der Verdacht lenkte sich auf einen Mann, der mit Mützkrück, Lederjacke und grünem Hut herkleidet war und am Nachmittag zur Sonntagsruhe gerraet habe. Dieser, ein Bergarbeiter, mußte sich nun verantworten. Auf Grund entsprechender Aussagen kam das Gericht antragsgemäß zu einem Freispruch. — Der Arbeiter Otto Schm. in Papitz stand unter der Anklage des Diebstahls. Im März wurden bei ihm im Garten vergraben vorgefunden und beschlagnahmt 75 Fuß Kupferdraht, 50 Fuß stupferrohr und etwa 30 Kilo Blei, was als Diebsgut betrachtet wurde. Schm. gab an, die Sachen bereits vor dem Kriege, als er noch einen Altwarenhandel betrieb, aufgekauft zu haben und um sie nicht durch Diebstahl einzubüßen, habe er die Sachen im vorigen Herbst vergraben. Da ihm dies nicht widerlegt werden konnte, mußte er auf Kosten der Staatskasse freigesprochen werden. Der Anklagevertreter hatte 6 Monate Gefängnis beantragt, da anzunehmen sei, daß die Sachen nicht auf ehrliche Weise in seinen Besitz gelangt seien.

§ **Dehlitz a. S.,** 18. Sept. Der Regierungspräsident hat auf Grund des Abstimmungsergebnisses unter den beim Handwerkern angeordnet, daß zum 1. Dezember d. J. eine Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk im Stadtkreis Weißenfels und den Ortschaften des Landkreises Weißenfels mit dem Sitze in Weißenfels errichtet wird. Zu dieser Zwangsinnung gehören vom 1. Dezember d. J. an auch die selbständigen Schuhmacher der Gemeinde Dehlitz a. S. mit Gutsbezirk des Kreises Merseburg. Die freie Schuhmacherinnung mit dem Sitze in Weißenfels wird mit dem Inkrafttreten der Zwangsinnung geschlossen.

§ **Großgörschen,** 19. Sept. Im Anschluß an das Erntedankfest wurde am Montag das Kinderfest der hiesigen Schule gefeiert. Um 4½ Uhr setzte sich der Festzug der Kinder in Bewegung. Eine Musikkapelle spielte während des Umzugs durch Rahna und Großgörschen ihre Weisen. Nach dem Umzug entwickelte sich bald auf dem Festplatz ein fröhliches Treiben der Kinder, dem die Erwachsenen gern zuschauten. Gegen Abend trugen im Saale die Kinder einige Chorgesänge vor. Nach einer Ansprache des Lantors Killge schloß die Feier mit dem gemeinsamen Gesang von „Nun danket alle Gott."

Lauchstädt und Schafstädt.

⊙ **Lauchstädt,** 19. Sept. Gestern traf das Denkmal für die Gefallenen unserer Stadt auf 2 Lastkraftwagen hier ein und wurde mit der Aufstellung gleich begonnen.

⊙ **Lauchstädt,** 19. Sept. Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß auch in unserer Stadt sich Freunde des Christianen-Waisenhauses in Merseburg gefunden haben, die der armen Kinder gedenken. Es haben Bezirksschornsteinfegermeister Wand, Hotelier Feyer und der Zigarrenhändler G. Walther eine Summe Geldes in älteren Scheinen gespendet. Mögen noch weitere edle Spender ihr Scherflein geben. Quittung erfolgt vom Waisenhaus. Annahmestelle in hiesiger Geschäftsstelle unserer Zeitung.

Volkswirtschaftliches.

Deutsche Wirtschaftszahlen. — 19. September.

Dollarstand (mittel) 150 000 000.
Eine Silbermark 1 500 000 M.
Reichsbankdiskont: 90 Prozent.
Großhandelsindex vom 13. September 1 513 221.
Reichsindexziffer vom 12. September 5 051 046 (Steigerung 173,7 Prozent).
Zoll für Bäder und Kurorte: 15 Milk.
Eisenbahnindex (Gütertarif): 9 Milk.
Eisenbahnindex (Gütertarif): 18 Milk.
Goldzollaufgeld: 2 179 999 000 Prozent.
Schlußziffer des Reichsindexes: 14 000 000.
Schlußziffer des Buchdruckergemerkes: 1 000 000.
Schlußziffer für den Anzeigenpreis der deutschen Tageszeitungen: 12 000 000.
Umrechnungsziffer für die Lombardzahlungen vom 18. Sept. 21 000 000 für 1 Goldmark.

Wert der Goldmark in Papiermark.

In der folgenden Tabelle sind die Papiermarkwerte von 1—10 Goldberechnungsmark angegeben bei einem

Dollar-Geldkurs von 149 625 000

(1 Dollar = 4,2 Goldmark.)

1	= 35 625 000	3	= 106 875 000	5	= 178 125 000	7	= 249 375 500
2	= 71 250 000	4	= 142 500 000	6	= 213 750 000	8	= 285 000 000

9	= 320 625 500	10	= 356 250 000
1	= 35 625 000	6	= 214 821 250
2	= 71 607 140	7	= 250 624 990
3	= 107 410 710	8	= 286 428 560
4	= 143 214 280	9	= 322 232 130
5	= 179 017 850	10	= 358 035 700

Dollar-Briefkurs von 150 375 000

Devisen sehr fest. — Dollar 150 000 000 M.

Der Berliner Devisenmarkt stand am Dienstag ganz im Zeichen der stillen Auflösung. Nachdem am Montag die Reichsmark der Dollar amtlich mit 132,7 Millionen festgesetzt hatte, stieg er bald darauf auf 175 Millionen, am Nachmittag auf 210 Millionen. Dienstag vormittag setzte der Dollar mit 200 Millionen ein, sprang aber bald auf 260 Millionen, das Pfund wurde mit 1,2 Milliarden genannt. Das Devisenmaterial ist so knapp, daß es den Bankiers einfach aus den Händen gerissen wird. Man gibt angeblich der sicheren Repartitionen der Reichsbank jeden Preis. Das gilt besonders für Rheinland, das nach wie vor der Hauptkäufer ist. So sich die Gerüchte immer mehr verdichten, daß die Markstütze in New York und in der Schweiz wirklich eingreifen werden soll, so nimmt die Nervosität immer sehr scharfere Formen an, zumal die letzte Note Poincarés die Hoffnungen auf eine Regelung der Reparationsfrage wieder sehr herabgesetzt haben. Die Katastrophenstimmung wird ferner durch die innerpolitischen Verhältnisse und durch die Lebensmittelunruhen noch verschärft. In den Mittagsstunden nannte man Dollarnoten mit 300 Millionen, das Pfund mit 1½ Milliarden und darüber. Obgleich überaus starkes Angebot vorhanden ist, kommt es zu keiner extremen Unruhe. Für amtlichen Notiz erfolgten starke Abgaben mehrerer Berliner Großbanken und einer bekannten Maklerfirma, die die Spitzenkursfrisch im Kurzes der Reichsbank vorgenommen wurden und mit einem Preis von 260 Millionen, das Pfund auf 900 Millionen gehandelt worden.

Die Mark in New York.

Nachbörslicher Markkurs in New York am 17. September 0,0000,055 Cts. Geld (= 181 818 000 M) und 0,0000,057 Cts. Brief (= 175 438 000 M).

Vorbörslicher Markkurs am 18. Sept. 0,0000,035 Cts. Geld (= 285 714 000 Mark) und 0,0000,037 Cts. Brief (= 270 270 000 Mark).

Schluß am 18. September 0,0000,045 Cts. Geld (= 222 222 222 M) und 0,0000,47 Cts. Brief (= 212 978 723 M).

Effektenmarkt.

Halleche Börse.

Kursnotierungen der Hallschen Bankfirmen.

Hall. Kaufber.	40 Mill.	Hallenser Strickwar.	200 Mill.	Gebrüder Lindner neue	— Mill.
Berg. Chem. Werke	14 „	Halle Maschinenfa. St.	— „	Vogelin u. Häbner	18 „
Hall. Pfännerschaft	200 „	do. neue	60 „	do. neue	— „
do. neue	— „	Hall. Nähmaschinen	150 „	Halle Maschinen	— „
Riebeck Montan	3400 „	Hall. Nähgarnwerke	150 „	Zuckerraffin. Halle	— „
Bergbau-Aktiengesellschaft	800 „	Glanzstoff Zucker	2500 „	Schwabenwerke Kalkwerke	150 „
Zimmerbau, Halle	300 „	Schwabenwerke Zucker	— „	do. neue	— „
Aktienmarkt. Kämmerei	20 „	Kristallnäh.-Nähmaschinen	250 „	Deutsche Steinzeug	— „
Altenburger Kattun	360 „	Gottfried Wintzer	275 „	Diskontobank	— „

Warenmarkt.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

(Preise in Millionen Mark): Weizen, märkischer 270—280; sehr fest. Roggen, märkischer 220—230; sehr fest. Gerste, Sommergerste, 245—290; sehr fest. Hafer, märk. 230—240; sehr fest. Weizenmehl 750—850; sehr fest. Roggenmehl 600—700; sehr fest. Kartoffelflocken 190—175; schwächer. Roggenkleie 190—175; schwächer. Trockenschnitzel, prompt 130—150; Kartoffelstärke 190—110; Kartoffelfabrikat 230—210.

Die Getreidepreise verstehen sich per 50 Kilo, die Mehlpreise per 100 Kilo.

Alles einschließlich sämtlicher Abgaben (Steuern, Transportkosten usw.).

Stroh und Heu.

Im nichtamtlichen Verkehr der Berliner Produktenbörse wurden heute folgende Preise notiert: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 6—7; Haferstroh, drahtgepreßt 5,5—6,5; Weizen- und Roggenstroh, bindfadengepreßt 4,5—5,5; gebundenes Roggenstroh 4—5; Heu, gutes 5,5—6,5; Heu, handelsüblich 5—6 Millionen.

Alles einschließlich sämtlicher Abgaben (Steuern, Transportkosten usw.).

Vermischte Nachrichten.

Taifunverheerungen in Japan.

3000 Personen ertrunken, Tausende obdachlos.

Nach einer vom „Temps" veröffentlichten Meldung der „New York Tribune" wird aus Kobe durch Funkspruch gemeldet, daß während eines Taifuns, der die Stadt Tittori in Japan betroffen hat, mehr als 3000 Personen ertrunken und Tausende Einwohner obdachlos geworden sind. Der Schaden werde auf eine Million Dollar geschätzt. Die Flüsse Tukuri, Schio und Takawi sind über die Ufer getreten, und mehrere Dörfer sind durch die Überschwemmung zerstört worden.

Das Schicksal der vom japanischen Erdbeben betroffenen Ausländer.

Paris, 19. Sept. (WTB.) Auf Grund einer vom japanischen Ministerium des Äußern angestellten Untersuchung über die Lage der nach Kobe geflüchteten Ausländer erfährt die japanische Botschaft, aus Tokio, daß die Zahl der nach Kobe geflüchteten Ausländer etwa tausend beträgt. 761 Ausländer haben in Privathäusern, die übrigen in Hotels und Gasthäusern Zuflucht gefunden. Zur russischen Flüchtlinge, insgesamt 160 Personen, die meist mittellos sind, sind im Theater untergebracht und werden von den japanischen Behörden verpflegt.

Zugunfälle.

Amsterdam, 18. Sept. Gestern setzten sich eine Anzahl Güterwagen auf der deutschen Grenzstation Kaldenkirchen in Bewegung und fuhren die abschüssige Bahnstrecke nach der Grenzstation Venlose zu hinunter. Etwa 25 Güterwagen wurden teils zertrümmert, teils beschädigt. Menschen nicht verletzt.

Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur: Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport: Paul Wagner für den Anzeigen- und Reklameteil sämtlich in Merseburg.
Verleger: Walter Romms, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35
Druck und Verlag der Firma Fr. Rohner in Merseburg.
Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230919-15/fragment/page=0003

Opium.

Roman von Oskar L. Schweriner.

9. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Lautlos kamen die Worte über ihre Lippen und dann warf sie ihren Kopf weit zurück in den Nacken und war bald zu Hause angelangt.

Es war schon recht spät — oder besser gesagt, früh —, als die drei lustigen Zecher sich trennten. Dick ging nach Haus, Jim und Etty nach ihrem Hotel in Marketstreet.

Dort hatten Bruder und Schwester noch eine kleine Unterhaltung, ehe sie sich zur Ruhe begaben.

„Na, Schwesterchen, hast Du Dich gut amüsiert?"

„Köstlich, Jim!"

„Das freut mich. Und nun schlafe Dich gut aus, denn morgen im Laufe des Tages fahren wir nach Newyork ab. Von dort aus gehts nach Europa. Freust Dich, Schwesterchen?"

Etty blickte sinnend zu Boden.

Plötzlich fragte sie:

„Morgen schon, Jim?"

Er sah sie erstaunt an.

„Aber ja. Meine Geschäfte hier in Frisco sind erledigt. Was wollen wir noch hier?"

„Ich wäre gern noch ein bißchen hier geblieben. Ach, bitte, bitte, Jim; bleiben wir noch —"

Sie unterbrach sich. Sein Staunen wuchs.

„Aber liebes Kind, gestern warst Du doch noch mit allem einverstanden, und jetzt —"

„Ja — gestern —"

Da sah Jim seine Schwester — das einzige Wesen, das er jetzt auf Erden liebte, lieben durfte, und für das er ohne weiteres sein Leben gegeben hätte —, durchdringend an, als müsse er ihr gewaltsam ein Geheimnis entreißen. Und unter diesem Blick errötete das junge Mädchen bis über die Ohren und ihre Blicke sanken sich zu Boden.

Jim aber hatte das Gefühl, als hätte ein Dolch sein Herz getroffen. Krampfhaft packte er die beiden Arme seines Sessels, während jeder Tropfen Blutes aus seinem Gesichte wich. Nur langsam gewann er seine Fassung wieder. Etty hatte nichts gemerkt, sie blickte noch immer zu Boden.

„Wie — wie lange möchtest Du noch in Frisco bleiben?"

Da blickte sie auf zu ihm; jubelnd schlug sie die Hände zusammen.

„Ich wußte, Du würdest es tun, Du lieber, guter, großer Bruder! Du lieber, guter Jim. Nur — nur ein — ein paar — Wochen. — — —"

Der Morgen graute längst, und immer noch schritt Jim Corbin in seinem Zimmer ruhelos auf und nieder. Etty liebte Dick Goodwin; daran war gar nicht zu zweifeln. Das Mädchen, die Schwester, hatte sich auf den ersten Blick sterblich in den Mann verliebt, den der Bruder eben lachenden Mundes ruiniert hatte.

Was tun? Ettys Glück war sein Glück. In Frisco bleiben, war gefährlich; abreisen, bedeutete ein großer Schmerz für die geliebte Schwester.

Noch in aller Morgenfrühe fand sich Jim schon vor Sing-Fus Kneipe in Hooperstreet ein und bald darauf stand er vor Sing-Fu selbst.

Sie befanden sich wieder im Fau-Tau-Zimmer. Langsam und bedächtig holte Jim den Scheck aus der Tasche und breitete ihn auf der Bambusmatte des Tisches aus.

„Hier ist die Anweisung auf das Geld."

„Es ist gut!" sagte Sing-Fu. „Der Scheck ist gut."

„Hast wohl schon nachgefragt, Sing-Fu?"

„Nachfragen lassen. Gleich nach unserer gestrigen Unterredung. Das Geld liegt auf der Bank.

Und dann:

„Ich kann Euch die Hälfte in Gold und Papier sofort auszahlen!"

„Schon?!" Wollt Ihr das Geld nicht erst erheben?" fragte Jim überrascht.

„Ich zahle Euch gleich!"

Und den Worten die Tat folgen lassend, schritt er hinüber zum Geldschrank, kam mit einem Beutel zurück und zählte hundertundfünfundzwanzigtausend Dollar bares Geld auf den Tisch aus.

Ein wilder Gedanke durchzuckte Jim. Der Chinese hatte zweifellos seine Gründe für seine Handlungsweise. Welche, war noch unklar; ehrenhafte sicherlich nicht. Weshalb Treue halten? Solchem Gelichter. Das Geld nehmen, den Scheck stoppen und — auf und davon. Für Dick Goodwin zu retten, was noch zu retten war.

Doch als hätte Sing-Fu die Gedanken des andern erraten, hielt er plötzlich im Zählen inne und blickte Jim in die Augen.

„Ich traue Euch, Jim, nur weil ich weiß, daß Ihr mich kennt Wenn Ihr ein toter Mann sein wollt — betrügt mich. Ihr und Euer . . ."

Und Jim wußte wohl, daß dies keine leere Drohung war. Der Gedanke war verflogen, so schnell wie er gekommen.

„Warum seid Ihr so großmütig?" fragte er barsch.

„Weil Ihr mit dem nächsten Zug Frisco verlassen sollt!"

Das also war's! Er sollte aus dem Wege sein! Weshalb? Die Antwort war schwer zu finden.

„Hier ist das Geld. Zählt nach!"

Dieser blickte Jim auf das Geld. Dann gab er sich einen Ruck.

„Ich will es nicht!"

Sing-Fu zuckte mit keiner Muskel.

„So nehme ich es zurück," sagte er ruhig. „Das ändert nichts an den Tatsachen. Ihr werdet schweigen!"

Konnten diese Chinesen Gedanken lesen? Das ändert nichts an den Tatsachen! Hatte Sing-Fu nicht vollkommen recht? Was auch geschehen mag, das Geld konnte, mußte er jetzt nehmen. Um Ettys willen!

Da griff er mit beiden Händen zu und stopfte es in seine Taschen, das Papiergeld zerknitterend, als seien es wertlose Schnipsel.

„Das dachte ich mir," meinte der Chinese gelassen: „Und mit dem nächsten Zuge verlaßt Ihr Frisco!"

„Das werde ich machen, wie ich will!!"

„Mit dem nächsten Zuge verlaßt Ihr Frisco!"

„Das werde ich machen, wie ich will!!!"

Die beiden Männer blickten sich in die Augen. Es war, wie wenn Stahl auf Eisen trifft.

Und es war Jim Corbin, der wieder zuerst sprach.

„Schau her, Sing-Fu," sagte er fest, „unsere gemeinschaftliche schmutzige Arbeit ist getan, und nichts soll mir lieber sein, als daß sich unsere Wege von heute an trennen. Du hast nichts von mir zu verlangen oder zu befürchten, noch ich von Dir. Wir verstehen uns ja auch in dieser Beziehung gründlich. Auch mit mir ist nicht gut spaßen. Und deshalb sage ich Dir: Vorschreiben darfst Du mir nichts. Von heute an kennen wir uns nicht mehr. Und nun —"

Er zögerte.

„Willst Du Deine Pfeife rauchen?" vollendete Sing-Fu.

„Ja."

„Und Du fürchtest Dich nicht; bei mir, da drin, und im Opiumrausch?"

„Nein!"

Wieder sahen sie sich in die Augen.

„So komm!"

Und er führte ihn selbst in die Opiumhöhle.

Nichts hätte Sing-Fu zurzeit mehr gepaßt, als Jim Corbin vom Erdboden verschwinden zu lassen. Er traute ihm nicht mehr recht. Und dennoch wagte er es nicht. Die Gelegenheit war wohl günstig genug, und Gewissensskrupel kannte Sing-Fu wahrlich nicht. Aber gerade die Furchtsamkeit Jims machte den überschlauen Chinesen fügig. Wie leicht konnte Jim einem Freunde mitgeteilt haben, wo er hinging.

Die beiden Männer hatten sich richtig beurteilt. Sie hatten im Grunde wenig vor einander zu fürchten. — — —

Es war Nachmittag, als Jim Corbin in sein Hotel zurückkehrte, wo Etty ihn aufgeregt erwartete.

„Wo warst Du nur die ganze Zeit, Brüderchen? Und wie entsetzlich blaß Du aussiehst. Hast wohl schwer gearbeitet?"

Jim nickte müde.

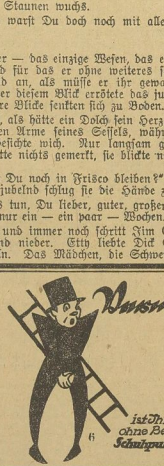
„Armer Bruder. Aber komm, wir fahren ein wenig spazieren. Das wird Dir gut tun. Und, sag, heute abend — speisen wir da wieder bei Delmonico? Mit Deinen Freunde womöglich, ja? Das ist ein solch lustiger Herr. Es war so nett gestern!"

Und plaudernd zog sie ihn am Arm ins Foyer und bestellte eine Droschke. Und Jim ließ willenlos alles mit sich geschehen.

(Fortsetzung folgt.)

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Milchpreis-Aenderung.
In Uebereinstimmung mit den Halleschen Milchpreisen beträgt ab Donnerstag, den 20. Septbr. 1923 einschl., der
Kleinhandelspreis für 1 Liter Vollmilch
für das Gebiet der Stadt Merseburg
Mk. 4200000,—
Molkerei-Genossenschaft E. G. mit beschr. Haftpfl. zu Schafstädt.



Marmelade
in 10 Pfd.-Eimern, auch größere Posten gibt ab.
F. C. Demand, Lauchstädt.

Donnerstag, 20. Septbr., vormittags 10 Uhr versteigere ich öffentl. meistbietend gegen Barzahlung im Hotel Deutscher Hof in Mücheln 4 schwere Arbeitspferde. Bedingungen im Termin. Kundt, Taxtamtsvollstr.

Wir leihen Geld!
in jed. Höhe bei entspr. Sicherstellg. (Möbel 2c.) auch ohne Bürgen zu günst. Beding.; beschaff. Betriebskapit., App. u. Baugeld. Kostenl. Auskk. ert. A. Plopor, Naumburg a. S., Jägerstr. 31, p. Freikuvert!

Junger Beamter sucht
möbl. Zimmer
bevorz. m. v. Pens. b. ält. Dame ob. älterem Ehepaar. Ang. unt. 181 a. d. Exped.

Verbrennungs-Särge
aus Metall und Holz, sowie großes Lager eichener und kieferner Pfosten-Särge
Metall-Särge
Sarg-Magazin von **O. Scholz Ww.**
Inhaber Gebr. Scholz
Gotthardtstraße 34. Merseburg. Gotthardtstraße 34.

Donnerstag, 20. September, in Merseburg Hotel „Gold. Sonne," Markt, v. 9—5 Uhr.
Kaufe alte Zahngebisse auch einzelne **Zähne zu Riesen-Preisen!**
(zerbrochene usw.) Nie wiederkehrende Verkaufsgelegenheit. Fahrgeld vergütet!
Max Zickel, Liegnitz.

Neues Schützenhaus!
Donnerstag, den 20. September, 7 Uhr abds.
großer Erntefestball.
9 Uhr: **Polonäse und Festzug** der Schnitter und Schnitterinnen.
Das Festkomitee.

Tivoli.
Heute abend 8 Uhr:
Gastspiel des Residenz-Theaters Weimar.
Direktion: Siegfried Deutsch.
„Der Fürst von Pappenheim"
Operette in 3 Akten von Hirsch.
Original-Aufführung des Residenztheaters Weimar.

Junger Herr sucht
möbl. Zimmer oder einfache Schlafstelle gegen Kostenabgabe. Ang. unt. 180 an die Exp. d. Bl.

Junger Herr sucht
möbl. Zimmer oder Schlafstelle.
Ang. u. 179 a. d. Exp. d. Bl.

Zahle für
ausgekämmtes Damenhaar,
ohne grau, hohe Tagespreise kg 3000000 Mark.
Alfred Kluge, Friseur, Merseburg, Bahnhofstr. 8.

Jg. dtsch. Schäferhund (guter Wachhund)
wegen schwieriger Futterbeschaff. ohne Gegenleistung leihweise abzugeben. Angeb. unt. 178 a. d. Exp.

Guterhalt. Herren-Fahrrad
m. Freilauf f. 1 Milliarde z. verk. Boch, Joh.-Str. 17, II.

Bruchkranke
können nachweislich auch ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Nächste Sprechstunde in Halle a. S., Hotel Europa am 24. September 1923 von 9—1 Uhr.
Dr. med. Laabs, Arzt. Spezialist für Bruchleiden Berlin W. 50. Rankestr. 33.

Briefbogen und **Umschläge**
mit u. ohne Druck empfiehlt
Buchdruckerei Th. Rößner,
Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Einmalige Bekanntmachung!
Beamten-Wirtschaftsverein Merseburg
e. G. m. b. H.
Dienstag, den 2. Oktober 1923, abends 7½ Uhr:
außerordentl. General-Versammlung
im „Herzog Christian". Tagesordnung: 1. Satzungsänderung (§ 13, 1 und 2). 2. Geschäftliches. Etwaige Anträge zur Versammlung sind bis 27. September an den Unterzeichneten einzureichen.
Merseburg, den 19. September 1923.
Der Aufsichtsrat: Ziegner, Vorsitzender.

Gardinen
eingetroff. Frau Schuppan, Gutenbergstraße 14, 2. Tr.

Zement, Zementkalk
verkft. Bildhauerei Bielig, Gartenstraße 11.

Perf. Stenotypistin und Maschinen-Schreiberin
für sofort bei gutem Gehalt gesucht.
Ernst Feit, Meuschauer Mühle.

Aelteres, selbst. Mädchen oder einfache Stütze
zum 1. 10. gesucht; desgl. eine saubere Waschfrau sofort für 2 Tage.
Frau L. Heine, Burgstr. 10.

Aelt. Mädchen
oder einfache Stütze z. 1. 10. 23 für den Haushalt gesucht
Dr. Musculus, Schafstädt.

Rauhaarig. Terrier
(braun u. schwarz gefleckter Kopf, Name Seppel)
abhanden gekommen.
Geg. hohe Belohng. abzugeb. Domprobstei 7.

Beth's Gesellschaftshaus
Im Cafe
Tägl. Konzert.
Morgen, Donnerstag: Gesellschafts-Abend

G. D. A.
Die diesjährige
Haupt-Versammlung!
findet Mittwoch, den 26. Sept., abds. 8 Uhr in der „Goldenen Kugel" statt.
Tagesordnung:
1. Eingänge u. Mitteilungen.
2. Jahresbericht.
3. Kassenbericht.
4. Entlastung d. Vorstandes.
5. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
6. Anträge, Verschiedenes.
Anträge sind 3 Tage zuvor schriftlich beim Vorsitzenden einzureichen.
Anschließend Mitteilungen über Krankenkassen-Angelegenheiten.
Der Vorstand.

Bruch-Gold-Silber-Platin Zahngebisse, Brennstifte Doublé kauft laufend
v. Keeringen, Oelgrube 7 Hausflur lks.

Amtsblatt der Stadt Merseburg
Stück 37 Mittwoch, den 19. September 1923

Termine zur Ankündung der Ziegenböcke.
Gemäß § 4 der Bollziehverordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 26. September 1921 (Amtsblatt der Regierung Seite 225) findet die Ankündung der Ziegenböcke für den Stadtkreis Merseburg am
Sonnabend, den 22. September 1923, nachmittags 2 Uhr
im Gasthof „Zur Grünen Linde" statt.
Da nach der oben angeführten Vollziehverordnung Ziegenböcke zum Decken fremder Ziegen nur zugelassen werden dürfen, wenn sie angekört sind, liegt es im eigenen Interesse der Bockhalter, daß ihre Böcke zu den Terminen vorgeführt werden. Bei der Stallbestimmungen im § 13 der Polizeiverordnung wird streng verfahren werden.
Merseburg, den 18. September 1923.
Der Magistrat.
II 1037/23.

Gebührenordnung für die baupolizeiliche Prüfung von Baugesuchen, die Genehmigung und Beaufsichtigung von Kanälen, Umbauten und anderen baulichen Herstellungen, sowie Gutachten von Gutachten in der Stadt Merseburg.
Der Wortlaut der neuen Gebührenordnung ist im Geschäftszimmer der Bauverwaltung im ersten Rathaus vom 20. September 1923 bis 3. Oktober 1923 ausgelegt.
Merseburg, den 15. September 1923.
Der Magistrat.
VII. 969/23.

Landwirtschaftskammer-Notumlage 1923.
Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen hat beschlossen, eine einmalige außerordentliche Notumlage auf wertbeständiger Grundlage nach Roggenwert zu erheben.
Die Erhebung findet statt in der Zeit vom 20. bis 26. September 1923 durch die Stadtsparkasse während der Kassenstunden und beträgt für jeden angetangenen Zaler Grundsteuerreinertrag 1 Pfund Roggen.
Die Beitragspflichtigen, die für 1923 bereits Landwirtschaftskammerbeiträge gezahlt haben, werden ersucht, die Beiträge während genannter Zeit an obige Kasse zu entrichten.
Die Menge kann entweder in bar, nach Roggenwert oder durch Lieferung in natura geleistet werden.
Der Bezahlungsbeitrag nach Roggenwert richtet sich nach der Höchstpreisnotierung der Berliner Börse in der Zeit vom 10.—15. 9. 1923 und beträgt je Zentner Roggen 132 Millionen Mark.
Getreideschuldverschreibungsverbriefe sind bei Lieferung des Roggens in natura um Stadtkreisamt erhältlich. Für die Zahlungen nach dem 20. 9. 23 sind 2% Zinsen von dem dann eventuell höheren Roggenwert zu entrichten. Die Zinsen werden zu erfragen in der ausgehängten Bekanntmachung im Rathaus am Markt.
Merseburg, den 19. September 1923.
Der Magistrat.
V. 3227/23.

Preise der Städtischen Werke ab 20. 9. 1923.

Friedrichs	1 500 000,— Mark
Wasser	500 000,— Mark
Gasstrom	2 100 000,— Mark
Kraftstrom	1 900 000,— Mark
Doppeltarif I	2 300 000,— Mark
Doppeltarif II	1 800 000,— Mark

Auf bereits ausgegebene Mängen sind entsprechende Nachzahlungen zu leisten.
Mietermieten und sonstige Gebühren werden verhältnismäßig. Preisfungsgebühren werden nach anfangsweiser Zeit um. berechnet.
Die Brennerhebung von einem Drittel Monatsbezug bleibt bestehen.
Für Rechnungen, die bis zum 20. cr. nicht begahlt sind, gelten die neuen Preise.
Merseburg, den 19. September 1923.
Verwaltung der städt. Werke.

Anträge auf Erteilung des Wandergewerbescheins für 1924 sind bis 15. Oktober 1923 im Geschäftszimmer Nr. 19, Rathaus 1 Treppe, einreichen.
Merseburg, den 13. September 1923.
Die Polizeiverwaltung.
P. III. 401/23.

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230919-15/fragment/page=0004

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für die 3. September-Woche, fällig bei Abholung, 3,750 Millionen Mark frei Haus. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 600 000 M., bei 6 Seiten 700 000 M., bei 8 Seiten 800 000 M.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg
mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg
der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem monatlich erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigengrundpreis × Schlüsselzahl = Tagespreis. Für den achtgespaltenen Millimeterraum 20 M. bei Barzahlung — sonst Tagesschlüsselzahl am Zahltage — im Reklameteil 60 M., für Stellenanzeigen und Nachweisungen 60 M. Aufschlag. — Vorstehende Grundpreise werden multipliziert mit der Schlüsselzahl des V.D.Z.Z. (z. Z. 12 000). Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Belegnummer wird berechnet.
Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.
Postscheckkonto: Leipzig 30 070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Nr. 220 — Mittwoch den 19. September 1923. — 50. Jahrg.

Die Währungsreform beginnt!

Der Währungsübergang.

Das Reichsfinanzministerium hat am Dienstag eine Mitteilung herausgegeben, die den widerspruchsvollen bisherigen Meldungen, die in der Frage der Währungsreform herausgekommen waren, ein Ende macht. Nicht nur die Meldungen übrigens, sondern auch die Haltung der Regierung selbst hat sich im Verlauf der letzten Wochen mehrfach geändert, und man wird in einer so komplizierten und schweren Frage der Regierung keinen Vorwurf daraus machen können, daß sie gründlichst und nach allen Seiten hin das Problem erwogen hat und keinen Anstand nahm, auch sich selbst gelegentlich zu korrigieren.

Das Ergebnis der Beratungen ist nun, daß

die Ausgabe von Goldnoten,

also der Beginn einer gesunden, von Gold gedeckten und vor jedem inflatorischen Zugriff des Reiches behüteten Währung nicht, wie man bisher vermutete, einer neuen und zu diesem Zweck eigens zu schaffenden Emissionsbank, sondern **der Reichsbank selbst anvertraut wird.** Damit die Reichsbank diese Rolle durchführen kann, wird sie völlig von den Staatsfinanzen losgelöst und wird in Zukunft keine Reichsschatzscheine mehr zu diskontieren haben, also auch keine ungedeckten Noten mehr auszugeben haben.

Wird so die Reichsbank wieder das, was sie vor dem Beginn der Inflation, also vor der Helfferich'schen Kriegsanleihepolitik war, so wird die Schaffung einer

Übergangswährung

einer neuen Bank anvertraut. In den bisherigen Entwürfen hatte man gerade die Übergangswährung der Reichsbank und die neue Goldwährung einer neuen Emissionsbank vorbehalten wollen. Es ist im Sinne der aufrecht zu erhaltenden Tradition zu begrüßen, daß man die alte Reichsbank wieder zu dem macht, was sie sein soll, und die Neuschöpfung nur für die Übergangswährung heranzieht. **Diese nun zu schaffende Bank wird nun Noten ausgeben, die das einzige gesetzliche Zahlungsmittel im strengen Sinne bilden sollen, solange die Übergangszeit dauert;** sichergestellt und zum Teil gedeckt werden diese Übergangsnoten durch eine Goldverpflichtung der Privatwirtschaft (Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken) auf Grund des Wehrbeitrages, der als Maßstab für die anteilige Verpflichtung verwendet wird, mit der die Privatwirtschaft die Übergangsnoten zu decken hat.

Die heutige Papiermark wird zu diesen Übergangsnoten in ein bestimmtes Kursverhältnis gesetzt; sie bildet gewissermaßen in Zukunft die Scheidemünze der Übergangsnoten, ist also nicht im strengen Sinne gesetzliches Zahlungsmittel; bis zu einer bestimmten Höchstgrenze wird aber auch die heutige Papiermark einer Annahmeverpflichtung im täglichen Verkehr unterstellt, die eine Zurückweisung von Papiermark nur von einem bestimmten Betrag aufwärts zulassen würde. Da aber die Papiermark in ein festes Kursverhältnis zu dem Übergangsgeld der neuen Emissionsbank tritt, so wird praktisch eine Zurückweisung von Papiermark nicht so leicht vorkommen, da der Empfänger der Papiermark kein anderes Entwertungsrisiko trägt als der Empfänger des neuen Übergangsgeldes.

In Zukunft, d. h. also während der sehr wesentlich von der außenpolitischen Entwicklung in ihrer Dauer abhängigen Übergangszeit, wird es also

dreierlei Geld

geben:

1. **das neue vollwertige Goldgeld der reformierten Reichsbank;**
2. **die Übergangswährung** der neu zu schaffenden Bank, die wir ihrer Fundierung nach Wirtschaftsbank nennen wollen, und
3. **das alte Papiergeld,** das zu den Noten der Wirtschaftsbank in demselben festen Verhältnis steht, wie etwa die Nickel- und Kupfermünzen der Vorkriegszeit zu den Goldstücken.

Im täglichen Geldverkehr wird es zunächst zwei Währungen geben, die im Grunde nur eine sind: das Übergangs-Wirtschaftsgeld mit seiner Scheidemünze, dem alten Papiergeld. Die neuen Goldnoten der selbständig gemachten Reichsbank werden im Kleinverkehr, bei Lohnauszahlungen, im Zahlungsverkehr zwischen dem unmittelbaren Verbraucher und dem letzten Glied des Handels nicht auftreten; sie dienen vorläufig zum Ersatz der Devisen und anderen Großüberweisungen, die im großen Wirtschaftsverkehr zwischen Produktion und Großhandel, besonders auch zwischen Ausland und den Importeuren nötig sind.

*

Warum hat man nun diesen Weg gewählt? Wir haben schon mehrmals ausgeführt, daß der sofortige Übergang zu einer absoluten Goldwährung, die dem Reich keine ungedeckten Noten als Einnahmequelle bezw. für die nötigen staatlichen Ausgaben zur Verfügung stellt, heute schon aus Rücksicht auf den Ruhrkampf und wegen des riesigen Reichsdefizits nicht zu machen wäre. Für eine Übergangszeit muß deshalb dafür gesorgt werden, daß das Reich eine, wenn auch beschränkte inflatorische Geldquelle **noch** behalte. Da aber das jetzige Papiergeld dank der grauenhaften Finanzwirtschaft der Regierung Cuno bis an die Grenzen der inflatorischen Möglichkeiten gelangt ist, und da man heute nicht mehr das machen kann, was man im Februar oder März hätte machen können und müssen: nämlich eine steuerliche Reform, die rechtzeitig die Finanzierung des Ruhrkampfes der Notenpresse entrissen hätte — deshalb muß heute dafür gesorgt werden, daß bis zu dem Augenblick, wo eine Balancierung des Staatshaushalts durchgeführt ist, das Reich noch leben kann, ohne daß die Geldbedürfnisse des Reiches, wie das jetzt der Fall ist, die Inflation zum Heißlaufen bringen.

Es ist Tatsache, daß valutarisch umgerechnet

die vorhandene Notenmenge

trotz ihrer unaufhörlichen Steigerung dank den gleichzeitigen Marktstürzen **in der letzten Zeit ziemlich konstant den Goldwert von 100 bis 150 Goldmarkmillionen behalten hat.** Daß wir mit einer im Grunde so lächerlichen Geldwertmenge im Verkehr auskommen, beruht auf der zunehmenden Umlaufsgeschwindigkeit der vorhandenen Noten, die sich so gesteigert hat, daß schon aus diesem Grunde mit der jetzigen Papiermark nicht mehr lange gewirtschaftet werden kann. Gibt man also eine Übergangswährung heraus, die zunächst einigermaßen fundiert ist durch eine Goldverpflichtung der Berufsstände, und hängt man an diese neue Währung die alte Papiermark an, so ist damit natürlich noch nicht ein absolut wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen; für den kurzfristigen Zahlungsverkehr aber, der die Lebensbedürfnisse der breiten Massen vermittelt, ist für eine Übergangszeit diese Währung durchaus möglich, und sie wird bei ihrer Entwertung weit geringere Sprünge machen als die bisherige Papiermark. Dabei bleibt dem Reich die beschränkte Möglichkeit, in dieser Übergangswährung noch eine Geldquelle zu haben so lange, bis durch eine Finanzreform die nötigen Steuern flüssig werden, die den Reichshaushalt ebenso in Ordnung bringen müssen wie eine außenpolitische Lösung, die gleichzeitig in dieser Übergangszeit gefunden werden muß.

Die Heranziehung der Privatwirtschaft

zur Deckung des Übergangsgeldes ist ein Notbehelf; sie ist schon deshalb nur als Übergangsmaßnahme denkbar, weil für die Reform der Reichsfinanzen und später für die Reparation die Haftung der Privatwirtschaft gleichfalls nötig sein wird. Da auch Frankreich für den Fall einer Reparationslösung die Notwendigkeit eines Moratoriums zugegeben hat, so wird die Übergangszeit mitsamt der Übergangswährung und deren Deckung durch eine Goldverpflichtung der Privatwirtschaft zeitlich gleichzusetzen sein dem Abschnitt, der bis zur Reparationslösung verstreicht, plus dem dann zugestandenen Moratorium. Innerhalb dieser Zeit muß dann die Sanierung des Reichshaushalts und die obligatorische Einführung der Reichsdankgoldwährung als des einzigen gesetzlichen Zahlungsmittels vorbereitet und am Ende dieser Periode durchgeführt sein.

Gesetzliches Zahlungsmittel ist zunächst, in der Übergangszeit, nur das Geld der neu zu schaffenden Wirtschaftsbank; bis zu einer bestimmten Höhe wird eine Annahmepflicht auch gegenüber dem bisherigen Papiergeld bestehen, das vermöge seines festen Verhältnisses zu den Noten der Wirtschaftsbank vor der Nullisizierung bewahrt bleibt. Dabei wäre außerdem noch eine **Denomination** vorzuschlagen; wir könnten, da praktisch schon Gastwirtschaften und Kaufläden ihre Preise in Millionen Mark ansetzen, die psychologisch verderblichen und überflüssige Nervosität hervorrufenden Nullen so abstreichen, wie dies zum Beispiel in Portugal geschehen ist, als man statt des entwerteten „Reis" 1000 Reis, den „Milreis", zur Verkehrseinheit machte. Ähnlich könnten wir 6 Nullen in einer Vorzilbe ausdrücken, wenn wir etwa Noten ausgeben, die auf „Millmark" lauten und die nichts anderes wären als der bisherige Einmillionenschein. Es ist möglich, daß diese für den praktischen Verkehr sehr förderliche Maßregel im Zusammenhang mit den Noten der Übergangswährung, vielleicht geradezu durch **diese Noten,** getroffen werden wird. Eine Währungsreform ist natürlich eine solche Denomination nicht; was im heutigen Augenblick für eine **Währungsreform** zu tun ist, hat der insolge unserer heutigen Lage **notwendigerweise** komplizierte Plan der Regulierung in sich.

Baldwin und Poincare beraten heute in Paris.

Paris, 19. Sept. (WTB.) Der englische Ministerpräsident Baldwin ist gestern abend hier eingetroffen. Auf dem Bahnhof wurde er namens der französischen Regierung von dem Chef des Protokolls begrüßt. Laut „Echo de Paris" wird Poincaré am Sonntag seine Erklärungen in der Reparationsfrage vervollständigen.

London, 19. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Hier wird bestätigt, daß die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten

auf Einladung Poincarés

zurückzuführen ist, die Baldwin annahm. Die Unterhaltungen werden streng geheim sein und im Beisein nur eines Dolmetschers stattfinden. In London heißt es, daß in Paris wahrscheinlich die deutschen Vorschläge geprüft und die Wirkungen der Vorgänge in der Ruhrgebiet auf die englisch-französischen Beziehungen besprochen werden. Falls Poincaré unnachgiebig bleibe, werde Baldwin wahrscheinlich erklären, daß die zukünftige auswärtige Politik Großbritanniens auf der nächsten Reichskonferenz im Oktober festgelegt werden würde.

Englische Stimmen.

London, 19. Sept. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Keine englische Regierung könnte jemals unter den von Poincaré gestellten Bedingungen einem englisch-französischen Pakt zustimmen. Die militärischen Zusagen gegenüber Polen fordern die Zukunft der britischen Außenpolitik heraus. „Westminster Gazette" schreibt, Poincaré und Baldwin müßten die Gefahren erkennen, von denen Europa bedroht sei. England wünsche, daß in der Reparationsfrage eine Regelung erzielt werde, die völlig fair gegenüber Frankreich sei, und das englische Volk sei bereit, den größtmöglichen Beitrag zu diesem Zweck zu leisten. Augenblicklich habe Poincaré den Schlüssel für die Lösung des europäischen Problems in der Hand. Werde er bereit sein, ihn zu gebrauchen?

Revolution in Bulgarien.

Belgrad, 19. Sept. (Drahtmeldung des WTB.) Die Abendblätter berichten, daß in Bulgarien die Revolution die Macht in ihre Hand genommen. In der Umgebung von Sofia und Philippopel seien große Unruhen ausgebrochen. Die Kämpfe dauern an. Die Bewegung nächst.

Berlin [illegible] Redaktion.)
Der Vorsitzende [illegible] der wilden
Devisenhändler [illegible] gefundenen
Groß-Razzia [illegible] bt, das erst
im Laufe des [illegible] befindlichen
Teilzahlungen [illegible] aber schon
sicher, daß vo[illegible] polnischen
Mark und ö[illegible] der Welt
zu Tage geka[illegible] ch aber um
den vom Dev[illegible] ar handeln,
der in erstaun[illegible] der Reichs-
bank zur Ver[illegible] al hat man
allein 2500 [illegible] Kurs schon
375 Milliard[illegible]

Freiburg [illegible] badischen
Wiesental aus[illegible] burg Zuß
gefaßt. Heute [illegible] Frühzüge
konnten nicht [illegible] notführer
nicht gearbeit[illegible]

1 holländi[illegible]			1779000
1 belgisch[illegible]			8822000
1 norweg[illegible]			9273000
1 dänisch[illegible]			23082500
1 schwedi[illegible]			8832500
1 italienis[illegible]			8080150
1 Pfund [illegible]			706250
1 Dollar [illegible]			55000
1 französischer Frank	10573500		10826500
1 Schweizer Frank	31920000		32030000
1 tschechische Krone	—		—

Reichsregierung und innere Lage.

In weiten Kreisen nicht nur des Bürgertums herrscht angesichts der Entwicklung auf außen- wie auf innenpolitischem Gebiete eine begreifliche Besorgnis hinsichtlich dessen, was die nächste Zukunft bringen könnte. In erster Linie fürchtet man die Folgen der dauernd wachsenden Teuerung, und sodann wird durch eine zielbewußte Agitation auf der Rechten gegen das Kabinett Stresemann und seine Politik das Gefühl hervorgerufen, daß es zu inneren Auseinandersetzungen kommen werde. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Reichsminister des Innern, Sollmann, der ja auch der „Nächste" dazu ist, vor der Öffentlichkeit erklärt, erstens, **daß das Kabinett vollkommen einig operiere, daß die Auseinandersetzung mit Frankreich selbstverständlich in engster Verbindung mit dem Ruhrdeutschtum vor sich gehe, und daß die Regierung auch auf die anderen inneren Fragen, wie z. B. die wachsende Arbeitslosigkeit, dauernd ein wachsames Auge habe.** Von besonderer Bedeutung aber war die mit großem Nachdruck gemachte Feststellung des Ministers, daß jeder Putschversuch an der militärischen und politischen Macht der Regierung scheitern würde, und daß die Reichsregierung ihre Machtmittel im gegebenen Augenblick entschlossen und tatsächlich ohne jede Rücksicht einsetzen würde.

Baldwin und die Politik des 11. Januar.

Wie erinnerlich, hatte die französische Presse immer und immer wieder die Meldung gebracht, daß bei dem Ferienaufenthalt des englischen Ministerpräsidenten eine grundsätzliche Aussprache Mr. Baldwins mit Poincaré unumgänglich sei. Dagegen hatte die englische Presse sich dauernd sehr zurückhaltend bekommen, weil sie dartun wollte, daß der französische Standpunkt zur Reparationsfrage auch eine Begegnung der beiden leitenden Männer zwecklos machen würde. Die inzwischen eingetretene weitere Entwicklung, die gekennzeichnet wird durch mehr oder weniger direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich, hat dann aber auf englischer Seite begreiflicherweise die Neigung zu einer persönlichen Rücksprache des gegenwärtigen englischen Ministerpräsidenten mit Poincaré gesteigert, und zur Stunde steht nun die ganze Welt mit erheblicher Spannung dem Ergebnis der nun nach so langer Zeit zustande gekommenen „Entrevue" entgegen. Dabei ist es nicht uninteressant, im einzelnen zu beobachten, wie man sich in Frankreich dieses Ergebnis vorstellt. Kurz gesagt, soll nämlich England einfach die Überzeugung akzeptieren, daß es für alle Teile das Beste ist, wenn es zwar an den Verhandlungen mit Deutschland neben Frankreich und Belgien beteiligt, in der Sache selbst aber einfach die Beschlüsse Frankreichs akzeptiert. Solches besicht nämlich die „Politik des 11. Januar", die Frankreich unter keinen Umständen aufgeben könne. Der 11. Januar ist bekanntlich der Tag des Beginns der Ruhrbesetzung! Nimmt man nun noch hinzu, daß eine offiziös beeinflußte Havasmeldung besagt, Poincaré werde mit Baldwin nicht nur die Reparation, sondern auch die Frage der interessierten Schulden und vor allem der Sicherung Frankreichs erörtern, so sieht man klar, daß der französische Ministerpräsident seinen nächsten taktischen Schachzug darin sieht, die Engländer durch eine möglichst große Kompensationsliste zu Zugeständnissen an die auch in Zukunft auf alter Bahn zu verfolgende Deutschland-Politik Frankreichs zu bringen. Es wird sich zeigen, ob diese Vermutung sich bewahrheitet.

Der Balkan-Wetterwinkel.

Die Balkanfrage wird immer schwieriger, während der griechisch-italienische Konflikt bei Griechenlands Ohnmacht als abgetan gelten kann. Mussolinis Vorstoß in Fiume wird in Jugoslavien mit großem Mißtrauen verfolgt. Angeblich sollen bei Fiume schon 4½ italienische Divisionen stehen. Dazu kommen Jugoslaviens Reibungen mit Bulgarien. Gegen das Ultimatum aus Belgrad hat Bulgarien in Paris bereits protestiert. Weitere Grenzzwischenfälle erscheinen unvermeidlich.

Paris, 19. Sept. Aus Athen wird gemeldet: Die Zahl der auf serbischem Gebiet operierenden wohlbewaffneten Komitatschis wird auf 8000 geschätzt; sie stehen nahe der bulgarischen Grenze. Die serbischen Truppen sind in Risch gesammelt worden und bewegen sich an der Eisenbahnlinie nach Jarizbrod der bulgarischen Grenze zu. Flugzeuge überwachen die Bewegungen in Bulgarien. Eines von ihnen, das bulgarisches Gebiet überflog, ist bei Athunis abgeschossen worden.

Über die Stellung Frankreichs zu dem Konflikt ist noch keine Klarheit zu erlangen. Nach italienischen Blättermeldungen rechnet man auf jugoslavischer Seite nicht allzusehr auf eine französische Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit Italien über Fiume. Pašitsch habe vor der Entscheidung nochmals in Paris angefragt, inwieweit die Unterstützung Frankreichs im Falle einer Verschärfung der jugoslavisch-italienischen Beziehungen ginge. Um die Lage nicht unnötig zu verschärfen, sollen die in der Umgebung Fiumes stehenden jugoslavischen Truppen vermindert worden sein. Die Nachricht wird als eine indirekte Bestätigung der Absicht Belgrads aufgefaßt, die Entscheidung des Völkerbundes anzurufen.

Mussolini hatte gestern eine Unterhaltung mit dem serbischen Gesandten in Rom.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230919-15/fragment/page=0005